

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,20 Mark, monatlich 1,10 Pf., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neues Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,20 Pf. pro Quartal. Unter Preisband: Deutschland u. Oesterreich-Litauen 2 Pf., für das übrige Ausland 3 Pf. pr. Monat. Einzeln. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 4795.

Interaktions-Beilage beträgt für die ungespaltenen Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Ernst Specht. Aufnahmeamt: Nr. 4186.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 27. Januar 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Die nothleidenden Groß-Grundbesitzer.

Die Großgrundbesitzer lieben es, sich als die Vertreter der „nothleidenden Landwirtschaft“, des kleinen Bauern und Grundbesitzers hinzustellen, und, angeblich um diesem zu helfen, aus der Gesetzgebung Vortheile herauszuschlagen, von denen sie selbst, deren Vermögen nach Millionen zählt, den Löwenantheil wegschnappen. Aber nicht zufrieden damit, daß in ihrem Interesse dem Volk die nothwendigsten Lebensmittel vertheuert werden, verlangen sie eine weitere Herabdrückung des Volks, dem sie den spärlichen Antheil, welchen der Arbeiter von der Frucht seiner Arbeit genießt, noch mißgönnen. Der ländliche Arbeiter steht heute noch unter der Gefinde-Ordnung vom Jahre 1810; er entbehrt das Koalitionsrecht und damit die Möglichkeit, mit seinen Genossen auf die Besserung ihrer Lage hinzuwirken; nur die Freizügigkeit ist es, die ihn vor der völligen Leibeigenschaft unter der Herrschaft des Gutsherrn schützt. Aber gerade diese Freizügigkeit ist den Agrariern ein Dorn im Auge, und sie ihm zu entreißen, darauf zielt ihr fortgesetztes Streben. Der Arbeiter soll an die Scholle gebunden werden, natürlich wieder im Interesse der nothleidenden Landwirtschaft. Bei dieser Gelegenheit verfehlen die Agrarier nicht, das Loos der ländlichen Arbeiter in den glänzendsten Farben zu schildern und die Ursache, weshalb sie dennoch sich derselben durch ihren Fortzug nach den Städten und dem Westen entziehen, nur dem Uebermuth, der Feivolität, der Genußsucht und Buzellosigkeit der Arbeiter zuzuschreiben. Im Gegensatz zu dem glänzenden Loos der Arbeiter können sie nicht genug alle die „Opfer“ aufzählen, welche ihnen, den armen Agrariern, die sozialpolitischen Gesetze zu Gunsten der Arbeiter anferlegen.

Betrachten wir nun einmal die glänzende Lage der Arbeiter und die den Gutsherrn auferlegten Opfer der Gesetzgebung an der Hand amtlicher Thatsachen. Der Kern der Agrarier hat seinen Sitz in den preussischen Ostprovinzen und zwar gerade dort, wo der Großgrundbesitz vorherrscht. Der auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes festgesetzte ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Tage-Arbeiter steht daselbst auf der niedrigsten Stufe, während das Einkommen der Grundbesitzer ein wahrhaft fürstliches ist. Diese Gegenden sind im Reichstag durch die eingeleitetsten Agrarier vertreten.

Obenan unter ihnen steht Herr v. Kardorff als Vertreter des Wahlkreises Wartenberg-Dels. Im Kreise Wartenberg beträgt der ortsübliche Tagelohn für erwachsene männliche Arbeiter eine Mark, für erwachsene weibliche 60 Pf.; im Kreise Dels beträgt er gar nur 90 resp. 60 Pf. In diesem Wahlkreise liegt das Herzogthum Dels, dessen ungeheure Einkünfte der Regent von Braunschweig genießt.

Derselbe ortsübliche Tagelohn gilt in den ausgedehnten Besitzungen des Herzogs v. Ujest, des Fürsten v. Pleß und einer Anzahl anderer Magnaten.

In dem Wahlkreise des Herrn v. Schalscha, des tapferen Sancho Pansa der Agrarier, sowie in dem Wahlkreise des künstlerischen Zentrums-Abgeordneten, Schornsteinfegermeisters Wegner, erhebt sich mit Ausnahme einzelner Städte der ortsübliche Tagelohn gleichfalls nicht über 90 Pfennig. Im Wahlkreise des Fürsten von Haffeldt-Trachenberg und speziell in dem herrschaftlichen Besitz des Fürsten sinkt der ortsübliche Tagelohn sogar auf 85 Pfennig für den erwachsenen männlichen und 50 Pfennig für den erwachsenen weiblichen Arbeiter herab.

Das sind die herrlichen Löhne, welche die Arbeiter der fürstlichen Brunn entfaltenden Herrschaftsbesitzer erhalten, die sich als Vertreter der nothleidenden Landwirtschaft aufspielen und dann noch klagen, daß sich die Arbeiter ihnen entziehen und andere Stätten aufsuchen, wo sie ein menschenwürdigeres Loos zu erreichen hoffen.

Nach diesen Löhnen kann man auch berechnen, welches die „Opfer“ sind, die durch die sozialpolitische Gesetzgebung den agrarischen Junkern auferlegt sind. Sie haben durch dieselbe nicht nur kein Opfer auferlegt erhalten, sondern sind noch obenein beschenkt worden. Die Arbeiter auf den Herrschaften des Fürsten v. Trachenberg erhalten im Krankheitsfalle 63 resp. 57 Pf. Billiger wäre auch der Armenverwaltung die Erhaltung eines Kranken nicht zu stehen gekommen. Was er jetzt von der Krankenversicherung erhält, ist keine höhere Leistung als die, zu welcher die Armenverwaltung verpflichtet war. Aber zu dem, was er jetzt erhält, hat er selbst zwei Drittel beigetragen und um eben so viel ist die gutsherrliche oder herrschaftliche Armenverwaltung erleichtert worden. Der Gewinn liegt auf der Hand.

Und wie steht es mit den Opfern, die den Agrariern durch die Alters- und Invalidenversicherung auferlegt sind? In den genannten Gegenden schafft diese Versicherung nur die vielbesessene 30 Pfennig-Rente. So viel hätte der hilfswillige Greis und Invalide aber auch der Armenverwaltung gelohnt. Die Besitzenden sind durch die Versicherung von den Kosten der Armenverwaltung befreit; zu der Rente des Arbeiters aber haben sie nur einen kleinen Theil beizutragen, da die Rente sich zusammensetzt aus dem Reichszuschuß von 50 Mark und den Beiträgen, welche Arbeiter und Arbeitgeber zu gleichen Theilen aufzubringen haben.

Unter dem Gewicht dieser Thatsachen erscheinen die Klagen und Ansprüche der Agrarier als ein Zeichen des rückwärtigsten Egoismus und der unverständlichsten Anmaßung. Sie bestreiten dem Arbeiter das Recht, ein leidlich erträgliches Dasein vom Staate zu verlangen und halten es dabei für Pflicht des Staates, ihnen selbst ein Herrndasein zu sichern. Ein Recht des Arbeiters auf Brot erkennen sie nicht an, aber ein Recht auf Champagner soll ihnen der Staat verbürgen.

Es zeigt sich hier, daß wir in einem Klassenstaate leben, und thöricht wäre es, von diesem zu erwarten, daß er nicht die Interessen der herrschenden Klassen zu seinen eigenen mache. Wir hegen auch keine Hoffnungen, daß

der Klassenstaat die Lage der Arbeiter jemals wesentlich bessern werde. Aber gegen ein Attentat, das die Arbeiter noch tiefer hinabdrücken will, werden wir mit allen Kräften ankämpfen. Eine Grenze muß der Druck haben; der Arbeiter soll wenigstens die Freiheit behalten, den Staub der Scholle von sich zu schütteln, wo er den Druck für unerträglich hält. Wollte man den Versuch machen, dem Wunsch der Agrarier nachzukommen und den Arbeiter „an die Scholle zu binden“, was gleichbedeutend mit der Einführung der Leibeigenschaft wäre, dann würden die Herren Agrarier selbst es bald zu bereuen haben. Dann würden wir sehr bald Verzweiflungs- und Racheakte von Seiten der Arbeiter erleben, denen man die Möglichkeit entzogen hat, sich wenigstens durch die Flucht ihrem Joch zu entziehen. Freilich die Selbstsucht macht blind, und der Uebermuth einer herrschenden Klasse ist noch nie durch rechtzeitige Erkenntnis der Folgen gezügelt worden. Die agrarischen Junker sind heute wie der Militarismus oben auf. Aber Beide beschleunigen selbst ihren Sturz, indem sie ihre Anforderungen bis zur Unerträglichkeit steigern.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Januar.

Aus dem Reichstag. Die zweite Lesung des Etats begann heute damit, daß bei der Position „Reichstag“ von den Abgeordneten Bebel und Heine der Umstand zur Sprache gebracht wurde, daß infolge nun schon bald zwei Jahre andauernder Beurteilung des zweiten Bibliothekars die Geschäfte der Bibliothek und speziell die Fertigstellung des Kataloges leide. Herr Präsident von Lohmann gab die Verzögerung zu und entschuldigte dieselbe mit der über Erwartung sich lange hinziehenden Erkrankung des in Frage kommenden Beamten. Damit wurde dieser Gegenstand verlassen, nachdem die Etatsposition genehmigt war. Den Posten „Gehalt des Reichszuschußes“ benutzte dann der Abgeordnete Dr. Barth, um an die Anfrage, ob die Reichsregierung etwa gewonnen sei, von der Bahn der Handelsverträge wieder abzuweichen, eine weit ausholende handels- und sozialpolitische Debatte einzuleiten. Freihändler und Schutzzöllner schickten nun, nachdem einmal der Fehdehandschuh hingeworfen war, ihre Kämpen ins Treffen, und so wurde die ganze Sitzung ausgefüllt mit Reden der Herren Dr. Frege, Graf Kanitz und Schalscha, denen außer Dr. Barth, Rickert und Wilbrandt entgegentraten. Heraus kam bei der ganzen langen Rederei nichts. Erwähnenswerth sind nur die Erklärungen des Staatssekretärs v. Marschall, aus denen rund und nett hervorging, daß die Reichsregierung entschlossen ist, auf dem Boden, welcher mit den im vorvorigen Jahre abgeschlossenen Handelsverträgen betreten wurde, weiter fortzuschreiten. Diese Erklärung hat

### Feuilleton.

nachdruck verboten.)

15

#### Hans Nuzingen.

Soziale Studie von H. de Valzac.  
Deutsch von Curt Baake.

— Aber Niglemont, Niglemont, der eben noch mit uns frühstückte, hat bei Nuzingen eine Million stehen!

— Höre: ich weiß nicht, ob es noch genug solcher Aktien giebt, um ihn zu decken; und dann bin ich auch sein Freund nicht. Ich kann ihm Nuzingens Geheimniß nicht verrathen, und Du darfst ihm nichts sagen. Sprichst Du ein Wort, so siehst Du mir für die Folgen.

Zehn Minuten lang vermochte Godefroid die Lähmung, die ihm in allen Gliedern lag, nicht abzuschütteln.

— Willst Du ein oder nicht? fragte Rastignac unbarmherzig.

Godefroid nahm Feder und Dinte und schrieb nach Rastignacs Diktat den Brief.

— Armer Vetter! seufzte er.

— Jeder ist sich selbst der Nächste, erwiderte Rastignac und nahm von Beauvernon Abschied.

Während Rastignac in Paris manövrierte, sah es auf der Börse folgendermaßen aus.

Ein Freund aus der Provinz, ein Tropf natürlich, fragte mich einmal, als wir zwischen vier und fünf an der Börse vorbeigingen, weshalb denn eigentlich um diese Zeit plaudernde Gruppen von Börsi-

anern zusammenständen, zu denen bald dieser, bald jener trete, wovon sie wohl sprächen und warum sie nach der univerrücklichen amtlichen Feststellung der Tageskurse nicht nach Hause gingen.

— Lieber Freund, erwiderte ich, die Leute haben gegessen und verdauen nun. Während der Verdauung schwächen sie über den Nachbar; ohne dies gäbe es keine Sicherheit im Pariser Geschäftsleben. Hier tauchen zuerst neue Unternehmungen auf, und es giebt manchen Mann in diesen Gruppen, Palma zum Beispiel, der da genau so viel Autorität genießt, wie Arago, Mitglied der königlichen Akademie der Wissenschaften, in seinem Fache. Sagt er von einem Geschäft, es macht sich, so ist es schon gemacht.

„Ein hervorragender Mann dieser Sorte!“ rief Blondet. „Er besitzt zwar keine Universalität, wohl aber Universalbildung. Seine Universalität schließt aber Tiefe bei ihm nicht aus. Was er weiß, weiß er gründlich. Für Geschäfte hat er den intuitiven Blick des Genies.“

Er ist der Reichskausler der Börsenwölfe, die den hiesigen Platz beherrschen. Sie machen kein Geschäft, das Palma nicht vorher geprüft hat. Er hört mit größtem Ernste zu, prüft, denkt nach und sagt dann zu dem, der mit ihm spricht und ihn seiner Aufmerksamkeit wegen schon für gewonnen hält: Für mich ist das nichts!

Am auffälligsten finde ich, daß er zehn Jahre lang Werbrusts Kompanion gewesen ist und sich nie ein Zwiespalt zwischen ihnen eingestellt hat.

„So etwas ist nur bei sehr starken, oder bei sehr schwachen Menschen möglich“, sagte Couture. „Alle Anderen streiten und trennen sich bald in Feindschaft von einander.“

\*) Berühmter Astronom, † 1853. D. Uebers.

„Ihr begreift“, fuhr Dixion fort, „weil Nuzingen gerade um vier Uhr seine Bombe mit geschickter Hand unter den Säulengang der Börse warf und plahen ließ.“

— Wissen Sie schon das Neueste? wandte sich Du Lillet an Werbrust und zog ihn in einen Winkel. — Nuzingen ist in Brüssel und seine Frau hat beim Gericht bereits Antrag auf Gütertrennung eingereicht!

— Sie stecken wohl bei der Liquidation mit ihm unter einer Decke? erwiderte Werbrust und lächelte.

— Neben Sie keinen Unfian, Werbrust! Sie wissen ja, in welcher Händen seine Wechsel sind. Ich wollte Ihnen aber ein gemeinschaftliches Geschäft vorschlagen. Die Aktien unserer neuen Gesellschaft sind um zwanzig Prozent gestiegen; nach Schluß des ersten Vierteljahres werden sie um weitere fünf Prozent steigen, weil, Sie können es sich ja denken, eine großartige Dividende zur Vertheilung gelangen wird.

— Sie sind ja gut im Zuge, alter Schwede! meinte Werbrust. Der Teufel könnte seine langen, spitzen Klauen nicht besser ins Butterfaß stecken!

— Lassen Sie mich nur ausreden, sonst wird es für unser Geschäft zu spät. Die Idee dazu kam mir, als ich die Neugierde erfuhr. Ich sah nämlich mit diesen meinen Augen Frau von Nuzingen in Thyrcänen schwimmen; sie fürchtet, ihr Vermögen zu verlieren.

— Armes Mäuschen! sagte Werbrust ironisch. — Und was weiter? lehte er hinzu, als Du Lillet schwieg.

— Wohlan! Bei mir liegen tausend Aktien zu tausend Franken, die ich für Nuzingen unterbringen soll. Verstehen Sie?

— Vollkommen.  
„Kaufen wir also für diese Million Nuzingensche

auf unsere Agrarier und Nichts-als-Schutzölner erschützlich sehr abfällig gerichtet. Daß dieselbe von Herrn v. Marschall abgegeben wurde, der 1879 und später als Abgeordneter selbst unter den Führern der Schutzölkoalition war, das ist der Humor von der Geschichte.

**Die Beschlußunfähigkeit des Reichstags**, die vorgestern wieder bei der Abstimmung über die Ungültigkeit der Wahl des Abg. v. Neben konstatiert wurde, giebt der „Kölnischen Volkszeitung“ zu einer längeren Betrachtung Anlaß. Sie schreibt:

In diesem Jahre war der Reichstag überhaupt noch nicht beschlußfähig; vor Weihnachten war er es nur einige Male bei den Militärdebatten. Vergleichsweise hatte er heute, wo ihm das Unglück zusiebt, noch ein gutes Aussehen: 179 Mann; das ist man gar nicht gewöhnt, meist ist etwa nur ein Drittel — 50 bis 60 Mann — anwesend. Daß der Reichstag bei solcher Besetzung als Vertretung des deutschen Volkes angesehen werden könne, ist beim größten Wohlwollen zu behaupten kaum möglich. Wir glauben nicht, daß die Wähler zufrieden sein würden, wenn sie Gelegenheit hätten, einer Sitzung des Reichstages beizuwohnen. Da unten der geräumige Saal mit den 400 einladenden gelbledernen Sitzen, auf denen der Senat des deutschen Volkes in Würde und Majestät thronen und angestrengt für das Wohl des Vaterlandes denken, reden und abstimmen sollte. Aber nur mit einiger Uebung vermag das Auge hier und da einen besetzten Stuhl zu entdecken. Das zwei Sitze nebeneinander besetzt sind, ist schon ein kleines Weltwunder. Gähnende Leere ist der Brauch. Wir würden es begreiflich finden, wenn der Fremde, der mitten in der Sitzung auf die Tribüne kommt, der Meinung wäre, es sei noch nicht angefangen oder schon zu Ende; kümmern sich doch auch die paar Anwesenden oft gar nicht darum, wer da redet. Selbst der Gesäße muß manchmal, wenn er das Gemurmel da unten hört, suchen, wer denn eigentlich das Wort hat. Am besten besetzt sind regelmäßig die Bänke der Sozialdemokraten und der Freisinnigen, und diese Parteien schenken auch noch ihren Rednern sowie überhaupt den Verhandlungen im Allgemeinen die meiste Aufmerksamkeit. Je weiter man von da nach rechts geht, um so öder wird der Saal, um so geringer ist die Zahl der zuhörenden Abgeordneten.

Daß der Mangel an Diäten allein die Schuld an dem schwachen Besuch trage, befreit das Blatt, denn „es würden dann nicht gerade die Bänke am leersten sein, wo die reichsten Mitglieder sitzen“. Die „Kölnische Volkszeitung“ sucht nach den Ursachen des Mangels an parlamentarischen Interesse, freilich ohne den eigentlichen Grund derselben zu berühren. Woher soll das Interesse an den Verhandlungen des Reichstages kommen, wenn man weiß, daß alle Neben bloßes Blendwerk sind, welches den Schacher hinter den Koulissen verbergen soll? Vor zwei Monaten ist bereits die Militärvorlage im Reichstage eingereicht; die Verhandlungen im Reichstage und in der Kommission haben nicht das allermindeste zur besseren Aufklärung beigetragen. Die Beratungen ziehen sich nur deshalb in die Länge, um das Schachergeschäft, zu dem einzelne Parteien schon fest Willens sind, vor der Öffentlichkeit zu verbergen und Verwirrung in die öffentliche Meinung zu bringen. Je näher die Parteien der Regierung stehen oder je mehr sie nach dem Beweise ihrer „Regierungsfähigkeit“ streben, je mehr bieten sie selbst alles auf, um den Reichstag herabzuwürdigen. —

Im preussischen Abgeordnetenhaus verlas gestern der Justizminister einen vom 21. Dezember v. J. datirten Erlaß, den er den Oberlandesgerichts-Präsidenten hat zugehen lassen. Dieser Erlaß rügt die vielfach von uns hervorgehobenen Mißstände, und verlangt von dem Gerichtsvorsitzenden, daß er unter allen Umständen es vermeide, „eine Haltung einzunehmen, welche seine persönliche Stellung zur Schuldfrage als eine bereits feststehende erscheinen läßt“. Es ist möglich, daß dieser Erlaß auf einige Zeit allen heispornigen Vorsitzenden einen Fingel auferlegt; im übrigen wird er die Wirkung haben, wie alle allgemein gehaltenen Mahnungen bei Mißständen, deren Ursachen man fortbestehen läßt. So lange der Richter mit dem Staatsanwalt das Inquisitionsgeschäft theilt, und der in Untersuchung Befindliche, zumal wenn er sich in Untersuchungshaft befindet, schon eine Behandlung wie der überführte Verbrecher genießt, und der Staatsanwalt gegenüber der Verteidigung bevorrechtigt ist, so lange sind die wohlmeinendsten Erlasse nicht besonders eifrig zu nehmen. —

Wechsel gegen zehn bis zwanzig Prozent Damno auf. Das macht bei einer Million einen ganz netten Profit aus. Wir sind dann Gläubiger und Schuldner in einer Person, und das wird die Verwirrung noch vergrößern. Wir müssen aber sein zu Werke gehen, sonst könnten die Wechselinhaber glauben, wir operirten in Nuzingen's Auftrag.

Werbrust begriff und schüttelte Du Tillet die Hand, wobei er ihm einen Blick wie eine Frau zuwarf, die ihrer Nachbarin einen Schabernack antut.

— Wissen Sie schon? rief sie Martin Falleg an, das Haus Nuzingen stellt seine Zahlungen ein.

— Reden Sie nicht! Lassen Sie doch die Leute reden, die Wechsel von ihm haben! erwiderte Werbrust.

— Wissen Sie, weshalb er Bankrott gemacht hat? fragte Claparon und trat an sie heran.

— Du weißt soviel wie gar nichts! entgegnete Du Tillet. Von Bankrott kann überhaupt nicht die Rede sein. Alles wird voll ansbezahlt werden. Nuzingen wird sein Geschäft wieder öffnen, und ich werde ihm soviel Kapital zur Verfügung stellen, als er nur haben will. Ich weiß, weshalb er die Zahlungen einstellen mußte. Er hat all sein Geld der mexikanischen Regierung vorgeschossen, und Mexiko giebt ihm dafür Metalle und spanische Kanonen, in deren verrostetem Guß sich Gold findet, Gloden und silbernes Kirchengeschütz, kurz alle Trümmer der spanischen Monarchie in Westindien. Diese Werthe sind bloß noch nicht eingetroffen, der Baron ist deshalb augenblicklich in Geldverlegenheit, und das ist Alles.

— Was Du Tillet sagt, ist richtig, warf Werbrust hin. Ich kauf' seine Wechsel mit zwanzig Prozent Diskonto.

Wie Feuer im Strohshober verbreitete sich die Renigheit.

Die widersprechendsten Gerüchte wurden laut. Aber das Vertrauen auf Haus Nuzingen war im Hinblick auf seine ersten beiden Liquidationen so groß, daß Niemand Nuzingen'sche Wechsel anbot.

— Palma muß uns helfen, sagte Werbrust.

Palma war das Orakel der Firma Keller, deren Porte-

Abg. v. Vennigsen ist in Hannover an Eingenzündung erkrankt und hat, da sein Befinden sich verschlimmert, die ursprünglich auf Montag, dann auf Dienstag in Aussicht genommene Reise nach Berlin verschieben müssen. —

**Fortschrittliche Judenängerei.** Nachstehendes als „Vertraulich“ bezeichnete Zirkular ist den in Berlin wohnenden Juden zugesandt worden:

Berlin SW., Datum des Poststempels.

Sehr geehrter Herr!

Der vor einer Reihe von Jahren begründete „Fortschrittliche Verein vor dem Halleischen Thor“ hat unermüdlich und nicht nur in dem engen Kreise, den seine Bezeichnung ihm anzuweisen scheint, politisch gewirkt und ist mit anerkannter Energie stets für die großen Gesamtinteressen der Deutsch-freisinnigen Partei erfolgreich eingetreten.

Seit ist unsere Aufgabe verdoppelt. Nicht nur auf die Erzielung freisinniger Wahlen, freisinniger Gesetzgebung, Abhaltung neuer, das Volk bedrückender Lasten, Bekämpfung der Sozialdemokratie zu haben wir einzutreten, sondern es gilt jetzt eine drohende große Gefahr für unser gesamtes Staatsleben, die durch die brutalen Mittel des Antisemitismus um sich greifende Verrohung weiter Volkskreise, abzuwehren.

Die schmachvolle Rolle, welche der Angeklagte in einem jüngst hier geführten Beleidigungsprozeß spielte und die trotzdem nicht hinderte, daß derselbe mit großer Majorität in den Reichstag gewählt wurde, beweist klar und deutlich, daß das Treiben der Antisemiten das Gefühl für Recht und Sittlichkeit in unserem Volke untergräbt. Der Sieg des Antisemitismus bedeutet den Sieg der Korruption.

Den Antisemitismus als den Vater der allgemeinen Korruption in Wort und Schrift zu belächeln, betrachten wir als eine vornehme nationale und soziale Pflicht, deren Erfüllung wir mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften anstreben wollen. —

Zu diesem Zwecke ist erforderlich, daß alle Gleichgesinnten sich anschlüssen und durch Beitritt zu unserem rüstigen Verein dies zu erkennen geben. Der Umstand, daß Sie etwa nicht in dem Bezirke, den der Name des Vereins nennt, wohnen, möge Sie nicht verhindern, demselben beizutreten und alle Ihre Freunde und Bekannten zu Mitgliedern zu werben. Unser Verein hat sich große, weit umfassende Ziele gesteckt und vielfach erreicht. Schreiben Sie deshalb Ihren Namen in die beifolgende Mitgliedliste, legen Sie Anderen die hohen und edlen Zwecke des Vereins dar und sorgen Sie für zahlreiche Einzelnennungen.

Handeln Sie aber schnell und energisch, wie es die Fehde thut! Machen Sie es sich zur Pflicht, die möglichst zahlreich angefüllte Liste spätestens innerhalb 14 Tagen zurück zu senden.

Es werden keine pekuniären Opfer verlangt, denn der vierzehnjährliche Beitrag beläuft sich nur auf 50 Pf. Es steht in Ihrem Belieben, auf ein Jahr im Voraus zu zahlen. Ebenso ist es freigestellt, ob Sie die Beiträge gleich mit den Unterschriften einenden oder durch unseren Boten abholen lassen wollen.

Der Beitrag ist so niedrig festgesetzt worden, damit jedermann, auch der weniger Vermittelte, beitreten kann; andererseits zeigt er Ihnen, daß der Erfolg nur bei einem Massenbeitritt der Gesinnungsgewissen, dann aber mit Sicherheit zu erwarten ist. Diesen Massenbeitritt durch fleißige Werbung erreichen zu helfen und so der guten Sache thätig zu dienen, das ist das Opfer, um dessen Bewährung wir Sie bitten.

Bei Ihren Werbungen wollen Sie gest. beachten, was wir oben über den Namen und die weittragenden und dem Gesamtwohl dienenden Zwecke unseres Vereins gesagt haben.

So sehen wir denn recht bald Ihren freundlichen Nachrichten entgegen und zeichnen mit großer Hochachtung

Der Vorstand des Fortschrittlichen Vereins vor dem Halleischen Thore.  
Im Auftr.: Arnold Peitz, Schriftsteller, Bergmannstr. 100.  
Schmidt, Neunzig.

Der spekulative Zweck dieses „vertraulichen“ Zirkulars liegt auf der Hand. Es stehen Wahlen vor der Thür, und die Herren Fortschrittler brauchen Mannschaften, Geld und Vorspann. Da wenden sie sich an die Juden und operiren nach Bismarck'schem Muster mit einem Bauwan: dem Schreckgespenst des Antisemitismus.

Wir wollen den Herren Fortschrittlern keine Konkurrenz machen, wollen aber doch an die Thatsache erinnern, daß die Fortschrittspartei mit dem Antisemitismus nirgends hat fertig werden können, weil sie dessen soziale Grundlagen und Hilfsmittel nicht kennt. Den gefälschten Demagogon-

senille mit Nuzingen'schen Wechseln vollgepfropft war. Schlag Palma Varn, so mußte es genügen.

Werbrust brachte Palma soweit.

Am nächsten Tage war die Börse in Aufregung. Die Firma Keller gab auf Palma's Rath Nuzingen'sche Wechsel mit zehn Prozent Diskonto ab. Dieser Eindruck war für die Börse entscheidend. Martin Falleg verlor fünfzehn Prozent an zweimalhunderttausend Franks.

Nur Gigonnet roch den Braten! Er lachte aber erst recht die Panik an, denn er selber wollte Nuzingen'sche Wechsel kaufen und sie mit zwei bis drei Prozent Gewinn an Werbrust weitergeben.

In einer Ecke der Börse stand der arme Matifat. Er hatte seine dreimalhunderttausend Franks bei Nuzingen angelegt. Das Gesicht des Droguisten wurde noch blässer, und er zitterte an allen Gliedern, als er Gigonnet, den Diskonteur des Stadtviertels, in dem er früher sein Geschäft betrieben, auf sich zukommen sah. Er fühlte die Säge schon, die an ihn angelegt wurde.

— Schlechte Zeiten, Vater Matifat! Die Kriss steht vor der Thür. Nuzingen muß affordiren. Na, Sie trifft es ja glücklicherweise nicht. Sie haben sich von den Geschäften doch zurückgezogen.

— Leider irren Sie, Gigonnet. Ich sitze mit dreimalhunderttausend Franks drin, ich wollte in Spanischen Renten damit spekuliren.

— Da können Sie froh sein. In Spanischen Renten hätten Sie alles verloren, während ich Ihnen für Ihr Konto bei Nuzingen wenigstens etwas bieten kann: sagen wir fünfzig Prozent.

— Da wart' ich lieber die Liquidation ab, erwiderte Matifat. Unter fünfzig Prozent hat noch kein Bankier affordirt. . . . Zehn Prozent Diskont würde ich noch verschmerzen, aber fünfzig nicht, sehte der ehemalige Droguist hinzu.

— Wollen Sie zu fünfzehn? fragte Gigonnet.

— Sie scheinen es ja sehr eilig zu haben.

— Gut'n Abend! erwiderte Gigonnet und wandte sich zum Gehen.

— Wollen Sie zu zwölf?

sozialismus der Antisemiten vermag nur die echte Sozialdemokratie zu überwinden, die ihrerseits den Antisemitismus zwingt, ihr wider Willen den Weg zu ebnen. —

Daß die sozialdemokratische Fraktion nicht unbedingt für den Mintelerschen Antrag betreffs der Immunität der Abgeordneten eintrat und denselben einer Kommission überwiesen wissen wollte, erklärt der offiziöse Pindler mit der unverstämten Bemerkung:

„Daß nur diejenigen ein Interesse daran haben, daß es beim alten bleibe, welche in leztgedachter Hinsicht Partei-geschäfte zu betreiben nicht unter ihrer Würde halten, bewies die Opposition der sozialdemokratischen Redner gegen den Mintelerschen Antrag.“

Für würdevoll hält der Pindler wohl nur das Benehmen jener Abgeordneten, welche ein durch schamloseste Wahlfälschungen ergattertes Mandat Jahre lang ausüben in dem vollen Bewußtsein, daß es für ungültig erklärt werden wird. —

Ueber politische Entartungen schreibt Professor v. Gneist einen längeren Artikel in der „Deutschen Revue“, in welchem er sagt:

Das unheimliche Gefühl des allmählig unter den Füßen weichenden Bodens ist es, welche extreme Parteien zu allerlei Bündnissen mit den heterogensten Elementen verleitet. Schon bald nach 1848 wurde das Bestreben sichtbar, dem verhassten liberalisirenden Bürgerthum die „Arbeiterbataillone“ auf den Hals zu schießen. Da diese Methode nicht mehr anwendbar erscheint, ohne den Großgrundbesitz selber zu gefährden, so lag der verführerische Gedanke ziemlich nahe, den Meid gegen den Besitz, dem auch unsere Mittelstände sehr wohl zugänglich sind, mit dem Hasshaß zu kombiniren und mit diesem Vorspann eine Anzahl konservativer Wahlkreise, wenn sie nicht für die Partei zu behaupten sind, wenigstens dem Liberalismus nicht zufallen zu lassen. Diese Politik erscheint kurzichtig, da das Zehen gegen eine Art des Besitzes zuletzt immer sich gegen den Besitz als solchen richtet. Gewiß haben Sie recht, daß es nichts Unnatürliches giebt, als die Kooperation einer konservativen Partei mit einem Demoziententhum, welches von einer fixen Idee aus (vergleichbar dem Versicherungswahnsinn) sich gegen die solideste Grundlage unseres Staates, eine rechtschaffene Verwaltung, insbesondere Militärverwaltung, richtet. Nichts Unbesonneneres als ein zweideutiges Verhalten einer Partei gegen die Verdächtigung unserer Gerichtsprüche, während die deutsche Gesetzgebung mehr als jede andere gethan hat, um von den Gerichtshöfen auch den allerinstetsten Scherla der Befangenheit oder Parteilichkeit fernzuhalten. Vorgänge wie die Livoliverammlung wirken über als zehn Mißgriffe der Parteileitung in anderer Richtung; denn gerade solche Vorgänge bleiben Jahrzehnte hindurch unvergessen.“

Das „unheimliche Gefühl“, das Gneist schildert, ist weiter nichts als der Rachenjammer über Zustände, zu denen er nicht zum mindesten selbst beigetragen hat. Als er und die ganze Bourgeoisie mit Haut und Haar in den Sumpf der Bismarck'schen Gewalt- und Trug-Politik hineinsprangen, da beraubten sie sich der Möglichkeit, je wieder aus dem Sumpfe sich herauszuarbeiten, da mußte die Fäulnis in den herrschenden Klassen immer weitere Fortschritte machen. Herr v. Gneist, der seiner Zeit auf der Strömung des Kriegsministers v. Roon das „Kaiserschild des Eidbruchs“ erblickte, der mit seinen derzeitigen Freunden das preussische Obertribunal brandmarkte, hätte doch am wenigsten Anlaß über die Angriffe auf die „solideste Grundlage des Staates“, die Herrensverwaltung oder auf die Verdächtigung unserer Gerichtsprüche so überaus entkräftet zu sein. Herr v. Gneist und die älteren Vertreter des noch mit Ideen kämpfenden Liberalismus sind heute allerdings weitans überholt in der Gesinnungslosigkeit von dem jüngeren Nachwuchs, der sich mit dem Ideentrüm überhaup gar nicht mehr abgiebt, und der den Geist, welchen Gneist so meisterhaft zu gebrauchen verstand, um „alles zu beweisen“, für überflüssiges Zeug hält. Für die Adern und Stumm, die Müller, Veuschner, Gehlert, die Schalscha, Mehner, Minnigerode, Kardorf ist Gneist bereits eine vorhistorische Erscheinung, höchstens dazu passend, das zu beweisen und zu rechtfertigen, was diese besser wissen, als er. Giebt er seinen Senf und Segen dazu, dann gut; wo nicht, so können sie ihn auch entbehren.

Die Klage Gneist's über politische Entartungen zeigt den bodenlosen Sumpf, in den die herrschenden Klassen versunken sind. Ihm bleibt auch keine Hoffnung, denn er sieht und erkennt nicht das neue erblühende Leben, das ihm

— Meinethalben! sagte Gigonnet.

Noch am Abend waren zwei Millionen aufgelaufen und von Du Tillet auf Konto der drei zufällig Verbündeten bei Nuzingen gesetzt. Am nächsten Tage strichen sie ihren Profit ein.

Die kleine, niedliche alte Baronin von Aldrigger sah mit ihren beiden Töchtern und Godsfroid gerade beim Dejeuner, als Mastignac mit diplomatischer Miene eintrat und die Rede auf die neueste Finanzkriss brachte.

(Fortsetzung folgt).

**Das Haus Nuzingen.** In bezug auf den Fenilletonroman, den wir jetzt veröffentlichen, ist uns von einer Seite der Vorwurf gemacht worden, derselbe sei zu doktrinar, zu wenig unterhaltend. Von anderer Seite wurde die Wahl dieses Romans allerdings für eine durchaus passende erklärt. Daß das Meisterwerk Balzac's nicht unterhaltend im gewöhnlichen Sinne des Wortes ist, gestehen wir gerne zu, allein solche Romane wollen wir überhaupt nicht veröffentlichen. Was dem „Haus Nuzingen“ — über seinen unvergänglichen Kunstwerth hinaus — einen besonderen Gegenwärtwerth und ein besonderes Interesse gerade für unsere Partei verleiht, ist der, in dem Vorwort auch von uns hervorgehobene Umstand, daß in dem „Haus Nuzingen“ der Schlüssel für die jetzigen Vorgänge in Frankreich gegeben ist. Unser Pariser Partei-Organ, der „Socialiste“, beglückwünscht die Redaktion des „Vorwärts“, zur Veröffentlichung dieses Romans, der das innerste Wesen und die tiefsten Geheimnisse der „Hohen Finanz“ enthält, und zu gleicher Zeit, wenn sein Geld neben die Remach und Komorten von heute gestellt wird, einen vortrefflichen Gradmesser bildet, der uns die ungeheure Verkommenheit und Heruntergekommenheit der Bourgeoisie erkennen läßt. Das Gebilde des Dichters ist durch die Wirklichkeit übertroffen und überholt worden. Den Panama-Schmutz hat das Genie eines Balzac geahnt, aber nicht zu ermessen vermocht. —

nur als Schreckgespenst erscheint. Während die herrschenden Klassen in der Fäulnis untergehen, hat sich das Proletariat gerüstet, von der Welt Besitz zu nehmen; ein neuer, mächtiger Geistessturm entspinnt sich, an dem nicht nur eine kleine Minderzahl sondern Millionen Theil nehmen, ein neuer Frühling bricht heran.

**Fortrückschrittliche „Besserung“.** In der „Postischen Zeitung“ von gestern lesen wir: „Die Lage in Egypten beginnt sich zu bessern.“ Die „Besserung“ besteht darin, daß die Engländer ihre Truppen in Egypten verdoppelt haben. Verdoppelt den Druck, verdoppelt die Unterdrückung nennt das fortschrittliche Blatt „Besserung“. Logischerweise muß es hiernach die Militärvorlage als ein Glück betrachten, denn sie will die Lage Deutschlands „bessern“, indem sie uns mehr Soldaten aufhalsst.

**Das Dresdener Polizeiverbot der Arbeitslosen-Statistik** hat einen Verteidiger gefunden und zwar in Dr. Viktor Böhmert, dem Herausgeber der „Sozial-Korrespondenz“, des Organs des „Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“, wie der Verein für kapitalistische „Arbeiterfreundlichkeit“ sich zu nennen beliebt.

**Post Homerum Ilias!** Wer will nach Homer noch eine Ilias schreiben! Oder wer will nach Bismarck mit offizieller Schreckschiffen, Krieg in Sicht-Artikeln und sonstigem Reptilienartenal noch eine Wirkung üben! Bismarck hat vollständig Recht, über solchen Versuch der Nachahmung sich zu erheben und sein Erfinderecht für alle bösen Ränke und Kniffe zu verteidigen. In seinem Organ weist er daher auch nach, daß alles, was die gegenwärtige offiziöse und regierungsfreundliche Presse für die Militärvorlage schreibe, nur Vorspiegelungen seien, freilich von ungeschickterer Wache, als die er in seiner Glanzzeit produzierte.

**„Rechtsinn eines Arbeiters“** soll an dem Grubenunglück bei Dux (Böhmen) schuld gewesen sein — schreibt die kapitalistische Presse. Ein Arbeiter habe — trotz strengen Verbots — seine Pfeife im Schacht angezündet, und dadurch die schlagenden Wetter entzündet. Aber wie kommt es, daß schlagende Wetter im Bergwerk waren? das heißt, solche Massen, daß eine Explosion erfolgen konnte? Hier liegt die wirkliche Schuld. Bei guter Ventilation ist die Ansammlung von entzündlichen Gasen („Wetter“) nicht möglich. Und da es einfach undenkbar ist, bei aufgesammeltem Gas jeden Anlaß zu einer Explosion zu verhindern, und da ferner für solche Fälle auch die besten Sicherheitslampen keinen völligen Schutz gewähren, so ist die Wissenschaft längst dazu gelangt, in der genügenden Ventilation den einzigen wirklichen Schutz zu erblicken. Die Herren Grubenbesitzer sträuben sich aber dagegen, weil die Ventilation sehr viel Geld kostet und die Menschen nichts, die bei einer etwaigen Explosion „verunglücken“. In dieser Thatsache liegt die Erklärung fast aller Grubenkatastrophen durch schlagende Wetter — mit seltenen Ausnahmen sind es Verbrechen des Kapitalismus.

**Dreibunds-Aktionen in Sicht.** Unter einer Dreibunds-Aktion verstehen wir nicht die geplante Zurückziehung der Dreibund-Gesandten aus Paris, denn das ist etwas so Einfaches, Vernünftiges und Gemeinnütziges, daß es unter die Rubrik politischer Aktionen unmöglich zu bringen ist. Nein, es handelt sich um eine That der „hohen Politik“, oder richtiger der Radaupolitik. Die italienische Regierung will nämlich eine Expedition nach Brasilien schicken, und zwar nach Porto Allegro, weil dort ein italienischer „Untertan“ von der Polizei „mißhandelt“ worden ist. Es ist wunderbar, wie zartfühlend gewisse Regierungen für ihre Untertanen sind, wenn diese sich in einem fremden Land befinden. Befagter Untertan in Porto Allegro hat eine halbe Stunde unschuldig im Gefängnis gesessen — und darüber entrüstet sich eine Regierung, die selber in der eigenen Hauptstadt bei dem berühmtesten Mai-Prozeß Duzende italienischer „Untertanen“ Jahre lang unschuldig im Gefängnis sitzen ließ. Pfui, diese Heuchelei! Uebrigens mögen die italienischen Herren Radaupolitiker sich in Acht nehmen, daß sie nicht gegen die Rove-Doktrin: daß „Amerika den Amerikanern!“ der Vereinigten Staaten anstoßen, sonst könnte es ihnen passieren, daß eines schönen Morgens ein recht unliebsamer amerikanischer Flottenbesuch an der italienischen Küste einträte.

**Weibliche Studenten.** An den sieben schweizerischen Universitäten und Akademien studierten im Sommersemester 1892 3062 Studenten und Zuhörer, darunter 318 weibliche. Dieselben vertheilen sich auf die einzelnen Fakultäten, wie folgt: Rechtswissenschaft und Medizin 162 und Philosophie 149. Auf die Universitäten vertheilen sie sich: Genf 108, Zürich 102, Bern 94, Lausanne 11, Neuenburg 2 und Basel 1. Der Heimathzuständigkeit nach vertheilen sich die weiblichen Studentinnen: Rußland 140, Deutschland 21, Bulgarien 9, Nordamerika 8, Oesterreich 5, Ungarn 4, England, Serbien und Türkei je 3, Italien und Rumänien je 2, Frankreich, Niederlande, Dänemark, Afrika und Australien je 1.

**Frankreich.** Wieder ist ein Nest von „Papierchen“ aufgehoben worden, und wieder hat der Kreis der „Panamisten“ eine beträchtliche Ausdehnung erfahren. Die Korruption der bürgerlichen Gesellschaft ist eine so allgemeine, daß die Nichtkorrupten zu den Ausnahmen gehören. Die Thatsache war längst bekannt — sie gerichtlich festzustellen, ist die historische Mission des Panama-Prozesses.

**Die italienischen Panamisten** machen es wie ihre französischen Kollegen — sie beichten, und einer reitet den anderen in die Tinte. Der verhaftete Bankdirektor und sein Sekretär haben eine Anzahl von glücklichen Geldempfängern genannt — zunächst die kleinen Spießbuben, die man zunächst opfern will, um die großen zu retten. Allein der Strom der Enthüllungen läßt sich nicht eindämmen. Die Kleinen klammern sich an die Großen, und die Großen an die Großen — bis sie alle unten im Morast brüderlich zusammenliegen werden — ein Herz, eine Seele, und ein Schmutz.

**In England** dauert der Lancashire-Streik noch fort, ohne Hoffnung auf ein baldiges Ende, und schon ist ein neuer, noch umfangreicherer Streik in Sicht — ein Streik der Kohlenarbeiter von Wales — etwa 30 000 —. Die Grubenbesitzer, deren Tarifgemeinschaft

mit den Arbeitern am 28. Februar zu Ende geht, haben erklärt, daß sie den jetzt gültigen Tarif zu kündigen und die Löhne herabzusetzen gedenken. Das werden die Arbeiter aber nicht hinnehmen, und ein Riesenstreik wäre die sichere Folge. Man nennt das „Harmonie der Interessen“.

**Ein Handwurst**, wie er im Buch steht, ist der „General-Verkäufer der Arbeitsritter“, Herr Powderly, ein richtiger Charlatan, der in allen Farben schillert, wie das Handwurstgenie ist — heute Sozialist, morgen Gewerkschafts-Philister — abwechselnd Demokrat und Republikaner, Schutzhändler und Freihändler, jeden Tag etwas anderes, und doch immer dasselbe: immer Humbung und Schwindel. Seinen „Orden“, der einst als Großmacht galt, hat er binnen 6 Jahren zum Kinder- und Kapitalisten-spott gemacht, und sich selbst zu einer lächerlichen Person, zum Hofnarren der Bourgeoisie. Neulich bekannte er sich wieder einmal, wie zur Zeit, da er an die Spitze des „Ordens“ trat, als überzeugter Sozialist und zwar mit folgender geistreich sein sollender Wendung:

„Es giebt in den Vereinigten Staaten fünf- und sechzig Millionen Sozialisten, und ich gestehe, ohne zu erröthen, daß ich auch deren einer bin.“  
Also alle Amerikaner sind „Sozialisten“, wie Powderly — sagt Powderly! Nun — die Amerikaner werden sich bedanken. Wenn sie alle „Sozialisten wie Powderly“, also Powderly's wären — enschliches Loos — was würde aus den Vereinigten Staaten werden, und wer würde es dort aushalten? Der „Freiheitsstall“ Meines wäre fertig — der „Freiheitsstall von Gleichheits-Gelb“ — wenigstens die letzteren.

**Deutschenhege in Brasilien.** Seit einiger Zeit schon finden sich in den amerikanischen Blättern Berichte über Erzeße des brasilianischen Pöbels und auch brasilianischer Behörden gegen Fremde, namentlich gegen Deutsche. In einer anderen Notiz besprechen wir einen Gewaltakt, dessen Opfer ein Italiener in Brasilien geworden ist. Die heute uns vorliegende Nummer der in St. Paulo erscheinenden deutschen Zeitung „Germania“ vom 29. Dezember 1892 enthält den Bericht eines unerhört brutalen Ueberfalles, den die brasilianische Polizei, von Romdies unterstützt, am letzten Weihnachtstag auf eine friedliche Gesellschaft von Ausländern, hauptsächlich Deutschen, verübt hat. Nicht bloß Männer, sondern auch Frauen und Kinder wurden aufs brutaleste mißhandelt und — bestohlen. Die Mitglieder der heiligen Germaniaband stahlen wie die Raben und zerstückten außerdem alles, was zerstückbar war, in dem gestürzten Haus.

### Parteinachrichten.

Als frivol und durch nichts begründet haben die Ressortministerien die Beschwerde bezeichnet, welche im Auftrage einer Stassfurter Volksversammlung dagegen erhoben worden war, daß der Stassfurter Bürgermeister Reinhard und der Amtsvorsteher Stamm in Heddingen (Anhalt) die zu einem Bunde vereinigten Fabrikanten die Namen derjenigen Arbeiter mittheilten, die verdächtig waren, der Sozialdemokratie anzugehören. Der Bund bezweckte bekanntlich die Entlassung aller Sozialdemokraten, und der Bürgermeister Reinhard war sein Vorhänder. Eine neuerliche Stassfurter Volksversammlung beschloß nun, das Aktenmaterial einem Mitgliede der sozialdemokratischen Fraktion zustellen zu lassen, damit es bei passender Gelegenheit im Reichstage zur Sprache gebracht wird.

**In Bezug auf die albernen Angriffe**, die von sächsischen Amtsblättern gegen den Reichstags-Abgeordneten Auer wegen des geringfügigen Verbums gerichtet wurden, daß er bei seiner dem „Feldhaer Anzeiger“ entnommenen Schilderung des Nothstandes der ergebirgischen Spielwaaren-Arbeiter diese Zeitung als ein Amtsblatt bezeichnet hat, theilt die Burgstädter „Volksstimme“ mit, der „Feldhaer Anzeiger“ sei zwar kein Amtsblatt, werde aber „von den Behörden sehr lebhaft unterstützt“. Das wäre im Effekt dasselbe, was Auer sagte. Die sächsischen Amtsblätter sind also wieder einmal reingefallen: der Nothstand der unglücklichen Ergebirgler ist sogar von einem Blatte festgesetzt, das behördlicherseits lebhafteste Unterstützung genießt. Das genügt.

**Die Agitation von Person zu Person** ist die durchgreifendste und die kann und soll jeder treiben, der als Sozialdemokrat gelten will, sagt treffend die „Mannheimer Volksstimme“ in einer Notiz. Mögen das bei der in Aussicht stehenden Reichstagsauflösung besonders jene Gesinnungsgegnern beherzigen, denen es aus irgend einem Grunde nicht möglich ist, öffentlich für unsere Partei zu wirken.

**Gemeindevahlen.** In Limmer bei Hannover wurden in der unteren Abtheilung sämtliche Kandidaten des sozialdemokratischen Wahlvereins einstimmig gewählt; in der zweiten Abtheilung erhielt der sozialdemokratische Kandidat 2/3 der abgegebenen Stimmen, während der Präsident des Kreisvereins nur 1/3 der Stimmen bekam.

Eine Versammlung der Sozialdemokratie des Leipziger Ostbezirks beschloß, die städtischen Kollegien um Abänderung des Ortsstatuts nach der Richtung hin zu ersuchen, daß die Stadt Leipzig in 16 Stadtverordneten-Wahlbezirke eingetheilt wird, anstatt wie bisher in 8. Bei der jetzigen Einteilung ist es vielen, in den Vororten wohnenden und in entlegenen Vierteln beschäftigten Arbeitern, die zur Ausübung ihres Wahlrechts lediglich auf die Mittagspause angewiesen sind, zum Theil unmöglich, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, da sie während der vielfach nur einstündigen Mittagspause nicht im Stande sind, den weiten Weg zum Wahllokal zurückzulegen. Daß dieser selbstverständliche Wunsch der Leipziger Arbeiter ebenso abgelehnt werden wird wie alle früheren Wünsche des Proletariats, ist bei der Zusammenkunft der städtischen Kollegien Leipziger kaum zweifelhaft.

Aus Groß-Zimmern (Kreis Offenbach) meldet das „Offenbacher Abendblatt“: Nachdem die Wahl des von der Arbeiterpartei auf den Schild gehobenen Gastwirths Petrie zum Bürgermeister bestätigt war und der Gewählte ins Amt eingeführt worden ist, fand am Sonnabend die Beizeordnetenwahl statt. Auch bei dieser siegte die Arbeiterpartei. Unser Kandidat, Kaufmann Heinrich Riche I., erhielt 294 Stimmen, während der Gegner es nur auf 96 Stimmen brachte.

Aus Braunschweig wird uns unterm 25. Januar geschrieben: Die gestrigen Stadtverordneten-Wahlen sind als großer Erfolg der Sozialdemokratie zu verzeichnen, wenn wir auch nur den Sieg von vier unserer Kandidaten erreicht haben. Die dritte Wahlklasse umfaßt alle Bürger bis zu einem Einkommen von 5000 M., während zwei Drittel der Arbeiter vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, da sie nicht das Braunschweigische Bürgerrecht besitzen. Uebrigens haben viele vom Wahlrecht nicht Gebrauch machen können, da sie in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit mit der Zahlung der Steuern rückständig waren, was ihnen ihr Wahlrecht kostete. Ohne diesen Unstand würden unsere sämtlichen 12 Kandidaten gewählt haben. Die Mehrheit der Stimmen unserer Gegner betrug bei 6500 abgegebenen Stimmen

etwa 100. Die beiden bisherigen Stadtverordneten Maurer Niele und Buchdruckermeister Günther sind wiedergewählt; neu hinzugewählt sind der Schneider Pepsies, der Geschäftsführer des Zentral-Krankenunterstützungs-Bundes der Schneider, und der Tischler Kßmann.

**Zustimmungserklärungen zu den Beschlüssen** der Berliner Parteitag liegen noch vor von den Parteigenossen in Schiffel (Holstein) und Stassfurt.

**Gegen die Militärvorlage** nahm eine Volksversammlung zu Mühltröfse, in welcher G. K. aus Zwickau referirt hatte, eine Resolution an. Diese wird laut Beschluss dem Bureau des Reichstags übersandt.

**Parteienkonferenzen.** Im Kainbach'schen Saale zu Karlsruhe tritt am 29. Januar, Nachmittags 1/2 Uhr, eine Konferenz der Parteigenossen aus dem 10. badischen Reichstags-Wahlkreise zusammen, um über die Stellung der Sozialdemokratie zur etwaigen Reichstags-Auflösung zu berathen und die Kandidatenfrage zu erledigen.

Am 22. Januar wurde in Darmstadt eine Konferenz für den Wahlkreis Darmstadt-Groß-Gerau abgehalten, die aus 12 Orten durch 29 Delegirte besetzt war. Man beschloß, die Zahl der Mitglieder des Kreisvorstandes von 3 auf 5 zu erhöhen, und setzte fest, daß die einzelnen Orte 50 pSt. ihrer Einnahmen an die Zentralkasse des Kreises abzuführen haben.

**Partei-Organisation.** In Söflingen (Württemberg) wurde ein sozialdemokratischer Verein errichtet.

**Partei-Finanzen.** Köln. Jahreseinnahme 2635,58 M., Ausgabe 1908,77 M.; vom Ueberschuß sind 1000 M. als Lokal-fonds angelegt.

**Todtenliste der Partei.** In Vogtsberg wurde am Mittwoch voriger Woche das Gemeinderaths-Mitglied Arthur Hellmann beerdigt. Gegen 100 Personen folgten dem Sarge des bewährten Parteigenossen. Er hinterläßt eine Wittve mit fünf Kindern, die noch im Alter von 1-8 Jahren stehen. Das „Sächs. Volksblatt“ erucht die Genossen, die bedürftige Familie nach Kräften zu unterstützen. — In Heldenbergen (Kreis Hanau) erschloß sich der Schneider Georg Toussaint, Vater von 8 Kindern, infolge fortgeschritter Verschlechterung seiner ehemals guten Vermögensverhältnisse.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**  
— In einer Tischlerversammlung zu Braunschweig war der Referent Niele vom überwundenen Boanzen aus dem Lokal gewiesen worden, weil er nicht Tischler, sondern Maurer ist. Niele erwiderte darauf mit einer Bemerkung, die ihn nachher — außer den Kosten des Verfahrens — 15 M. Geldstrafe bezw. 3 Tage Haft einbrachte.

### Soziale Uebersicht.

**Achtung, Korbmacher!**  
Wegen Lohnunterschieden ersuchen die Kugelforbearbeiter der Firma Galm und Ahfeld in Bernburg, den Fuzug nach dort strengstens fern zu halten.  
J. A.: M. Günther.

Etwaige Zuschriften sind an P. Kademacher, Bernburg, Fährstraße 15, zu richten.

**Achtung! Schlesier!** Alle in Berlin lebenden Schlesier werden ersucht, behufs Gründung eines Agitationsvereins zu der am Sonntag, den 29. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei Brodnow, Sebastianstr. 39, stattfindenden Versammlung recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

**Zur Arbeitslosenfrage.** In Stettin wurde am Donnerstag eine Arbeitslosenversammlung abgehalten, die von ungefähr 1500 Personen besucht war. Wegen Ueberfüllung des Saales fanden viele keinen Zutritt. Die Arbeitslosen entwarfen, wie der „Volksbote“ meldet, über ihre Nothlage herzerregende Schilderungen. In Mainz fand ebenfalls eine zahlreich besuchte Versammlung von Arbeitslosen statt, in der Reichstags-Abgeordneter Jöst die „Unabhängigen“, welche auferforderten, endlich einmal zur That überzugehen und die heutige Gesellschaft auf revolutionärem Wege zu beseitigen, zurückwies. Am Schlusse der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Regierung erucht wird, die Arbeitszeit auf acht Stunden täglich festzusetzen, damit die 100 000 auf der Landstraße liegenden Arbeiter zu Verdienst kommen würden, außerdem soll die Bürgermeisterei ersucht werden, die für die Aufständigenarbeiten des Schlacht- und Viehhofes bewilligten 194 000 M. sofort zu verwenden, damit die verdienstlosen Arbeiter zu Brot kämen.

**Der Bremer Senat** erklärte der Arbeitslosenkommision durch seinen Vertreter, Senator Schulz, daß die Arbeitslosen mit dem Vergräumen der Schreemassen beschäftigt werden würden; ferner solle sobald wie möglich die Vertiefung des Freihafens in Angriff genommen werden, was ca. 130 Mann auf 3-4 Monate Beschäftigung bieten würde. Bedürftige Arbeiter sollten ein Gesuch an den Armenpfleger ihres Bezirks richten; die daraufhin gewährte Unterstützung würde nicht als Armenunterstützung angesehen werden.

Den Leuten, die das Befehlen eines besonderen Nothstandes nicht einsehen wollen, ließ die Elberfelder „Freie Presse“ freitig den Text wie folgt: „Tagtäglich wird aus allen größeren Städten, ja schon aus Mittelstädten aller Gegenden des Deutschen Reiches berichtet, daß Hunderte, Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen arbeitslos, brotlos, ohne Nahrung, Kleidung und Wärme, der bittersten Noth preisgegeben sind; daß sie sich versammeln, sich also persönlich stellen, daß sie Eingaben und Bittschriften wie persönliche Vorstellungen an die Behörden richten und nicht Brot, nicht Almosen sondern nur lohnende Arbeit verlangen. Täglich mehren sich die Nachrichten von in Noth und Elend umgekommenen Menschen, von Menschen, Altmenschen, welche in geklumpert oder höchst mangelhafter Kleidung auf freiem Felde liegen bleiben, darfuß bei dieser Kälte sich den größeren Städten zuschleppen. Täglich, stündlich mehren sich die Vergehungen, sowie die Selbstmorde aus bitterer Noth. Der Selbsterhaltungstrieb, der stärkste und mächtigste Trieb im Menschen, treibt den Einen zum Verbrechen, beim Anderen wird er vom Elend und der Verzweiflung überwunden und führt zum Selbstmord. Aber all' diesen entsetzlichen Kundgebungen gegenüber haben die Herren auf ihren eitelstlichen Sesseln nur die eine Antwort, daß sie keine besondere Nothstandslage zu erkennen vermögen und darum auch keine außergewöhnlichen Maßregeln für nöthig hielten. Ueberdies sie, diese Herren, kennen keine Noth; für sie ist eine geräumige Wohnung hübsch ausgestattet und gut durchwärmt, täglich ein reichlicher Tisch gedeckt, seine Kleidung vorhanden; sie können das ganze Jahr durch Festessen mitmachen, jezt Wälder besuchen und selbst veranstalten u. s. w., woher sollten also sie eine Nothstandslage kennen? Was da gedruckt berichtet wird, ist ihnen „Zeitungsflaasch“, der nur Werth hat, wenn er für sie eine Lohndubeil bringt und was in Versammlungen kund gegeben wird, ist Uebertreibung sozialdemokratischer Heger. Oder sollte wirklich keine besondere Nothlage vorhanden sein, also nur eine gewöhnliche, jeden Winter wiederkehrende? — Dann wäre der Sachverhalt wahrlich unso schlimm und die daraus sich ergebende Anklage um so fürchterlicher.“

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

**Freitag, den 27. Januar.**  
**Schauspielhaus.** Minna von Barnhelm, oder: Das Soldatenglied.  
**Deutsches Theater.** Zwei glückliche Tage.  
**Berliner Theater.** Das Käthchen von Heilbronn.  
**Lessing-Theater.** Heimath.  
**Wallner-Theater.** Paragaph 330. Der sechste Sinn.  
**Ar. M's Theater.** Der Freischütz.  
**Viktoria-Theater.** Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.  
**Residenz-Theater.** Gläubiger. Familie Pont-Biquet.  
**Neues Theater.** Durch die Jutendanz. Kleine Hände.  
**Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.** Fürstin Ninetta.  
**Adolph Ernst-Theater.** Modernes Babylon.  
**Thomas-Theater.** Die Bettelwimmerinnen.  
**National-Theater.** Liene, die zweite Frau.  
**Alexanderplatz-Theater.** Die Kellnerinnen von Berlin.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Hausmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebrüder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Adolph Ernst-Theater.**  
 Zum 34. Male:  
**Modernes Babylon.**  
 Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Coupletts theilweise von G. Göras. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**American-Theater.**  
 Novität! Novität!  
**Der Dussel**  
 (Nulpus)  
 Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.  
 (Kleiner Ede. Martin Bendix.)  
**Alfred Bender**  
 in seinem neuesten Originalvortrag  
**Der Volksmund in Berlin.**  
 Blank, der beste Bauchredner.  
 Unhaltender Erfolg.  
**Die Trockenwohner.**

**Passage-Panopticum.**  
**Neu!**  
 Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

**Castan's Panoptikum.**  
**Tai-za-Wunder.**  
 Geheimnißvollste Seelenwanderung.  
**Lotosblume.**  
 Fantoche-Theater.  
 Andere Illusionen.  
 Sämmtlich ohne Extra-Entree.  
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

**Feen-Palast**  
 Burgstraße, neben der Börse.  
 Welt-Sokal Berlins, 5000 Pers. fassend.  
 Heute:  
**Gr. Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Auf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Kasseneröffnung 1 Std. vorher.  
 Entree 50 Pf.  
 Achtung. Vorzüglicher Mittagstisch, 50 Pf. m. Bier, Abendstisch von 30 Pf. an.  
 H. Krüger, Prinzessinnenstr. 17.  
 Wegen bevorstehender Ermüdung lade ich alle Freunde, Bekannte, Kollegen und Genossen ein zur Vertilgung des Restes sich bei mir einzufinden zu wollen. 1054b  
 H. Leschner, Gastwirth, Grenzstr. 10.  
 Homöopathische Klinik, Brunnenstraße 40. Spr. 11-12, 4-5. Stg. 9-10.

**Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstrassen-Gde.**  
 Sonnabend, den 11. Februar 1893:

**Großes Winterfest**  
 des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter  
 Berlins und Umgegend.  
**Grosses Vokal- u. Instrumental-Konzert**  
 unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins **Liedesfreiheit** (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes) unter Leitung seines Dirigenten R. Tietz.  
 Auftreten des **Volkschmiedens H. Osang** nebst Familie.  
 Zur Aufführung gelangen:

**Bilder aus der großen Revolution.**  
 Episch-dramatische Dichtung in 8 lebenden Bildern von A. Witz, dargestellt vom Verein für volkstümliche Kunst unter Leitung seines Dirigenten **Fritz Hansen.**  
 Die Musik wird ausgeführt von der freien Vereinigung der Zivil-Verfassungsmusiker unter Leitung des Dirigenten **Paul Brandt.**  
 Eröffnung 7 1/2 Uhr. **Große Verlosung.** Anfang 8 1/2 Uhr.  
 Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**  
 Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.  
**Billets à 20 Pf.** sind in allen Zahlstellen sowie in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. **Cartes** zu den lebenden Bildern sind gleichfalls an allen obigen Stellen à 10 Pf. zu haben.  
 Einen genussreichen Abend versprechend, ladet freundlichst ein  
 228/7 **Das Komitee.**

**Fachverein der Tischler.**  
**General-Versammlung**  
 am Montag, den 30. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Boltz, Alte Jakobstrasse No. 75.**  
 Tages-Ordnung:  
 Bericht des Revidenten, des Vorstandes u. s. w. Neuwahl des Vorstandes. Anträge. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 309/1 **Der Vorstand.**

Sonnabend, den 11. Februar 1893:  
**Grosser Wiener Maskenball**  
 im Konzerthaus „Sansonci“, Rottbuserstr. 4a.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Billets à 50 Pf.** sind auf allen Zahlstellen des Vereins und bei den Vorstandsmitgliedern zu haben.

**Musikinstrumenten-Arbeiter.**  
 Sonnabend, den 4. März 1893, in den Konkordia-Festsälen:  
**Grosser Wiener Maskenball.**  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Billets** sind vom Sonnabend ab bei Rohr, Ranninstr. 78 (Restaurant), zu haben.  
 233/10 **Der Vorstand.**

**Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.**  
 Sonntag, den 29. Januar 1893, Vormittags 10 Uhr:  
**General-Versammlung**  
 im oberen Saale der „Gratweil'schen Bierhallen“, Kommandantenstr. 77-79.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Rassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Bericht der Kommissionen. 3. Wahl eines Kassiers. 4. Befähigung der vorgeschlagenen Beisitzer zum Vorstand sowie zur Fachkommission. 5. Ersatzwahlen zu den Kommissionen. 6. Bericht über das Ergebnis der ausgenommenen Statistik. 7. Regelung der Bibliotheken. 8. Antrag betr. Ausdehnung der Reise-Unterstützung. 9. Antrag betr. Bewilligung von Manageldern für den Kassier.  
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden die Kollegen ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
 227/14 **Der Vorstand.**

**Achtung! Rixdorf!**  
 Sonnabend, den 28. Januar, Vormittags präz. 10 Uhr, in **Hoffmann's Lokal, Bergstr. 133:**  
**Grosse öffentliche Versammlung**  
**arbeitsloser Frauen u. Männer**  
 Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung der in letzter Versammlung gewählten arbeitslosen Delegierten über die Verhandlung mit dem Herrn Staatssekretär v. Bötticher und dem Herrn Amtsvorstand Bodin. 2. Diskussion.  
 Der Reichstags-Abgeordnete **Alb. Schmidt-Mittweida** ist in dieser Versammlung anwesend.  
 Alle arbeitslosen Frauen und Männer sind hierzu ausdrücklich eingeladen.  
 Die Vertrauensperson **Rob. Köppen.**  
 541/15

**Die Kunst dem Volke!** **Die Kunst dem Volke!**  
**Neue Freie Volksbühne.**  
 Die 3. (Januar)-Vorstellung findet Sonntag, den 5. Februar, Nachmittags pünktlich 2 Uhr, im „Viktoria-Theater“, Westkallienstraße Nr. 7-10, für die 1. Abtheilung (rote Karten) statt.  
**Verlosung der Plätze von 1 bis 1 1/4 Uhr.**  
 Zur Aufführung gelangt: 1059b  
**G'wissenswurm,**  
 Bauernkomödie in 3 Akten von Ludwig Anzengruber.  
 Für die 2. Abtheilung (gelbe Karten) dieselbe Vorstellung am 12. Februar.  
 Neue Mitglieder werden im Theater bis 2 Uhr aufgenommen.  
**Der Vorstand:**  
**Dr. Bruno Wille,** **Dr. Max Halbe,** **Rob. Bartelt,**  
 Vorsitzender. Schriftführer. Kassier.

**Gesangverein Berliner Buchdrucker.**  
 Sonntag, den 29. Januar, Vormitt. 10 Uhr, im „Louisenstädtischen Klubhause“, Annenstraße 16: **Übungsstunde.**  
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist nothwendig. [157/18]

Die **Arbeiter-Gesangvereine** des Arbeiter-Sängerbundes, welche gewillt sind, bei dem III. Stiftungsfest des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis mitzuwirken, werden ersucht, ihre Adressen bei **Hermann Raschke, Wiesenstr. 8, Hof 3 Tr.,** abzugeben. Das Stiftungsfest findet am 4. März 1893 im Feen-Palast, Burg- u. Wolfgangstr.-Gde, statt. 239/16

**Arbeiter-Bildungs-Schule (Ditzbeitz).**  
 Sonntag, den 29. Januar, Abends 8 Uhr,  
 im **Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 11-13:**  
**Verammlung.**  
 Tages-Ordnung: Vortrag und Diskussion.  
 Nachher: **Gemüthliches Beisammensein und Tanz.** Gäste sehr willkommen. 1056b

**Achtung! Filzschuharbeiter!**  
**Große öffentliche Versammlung**  
 der **Filzschuharbeiter** und **-Arbeiterinnen**  
 am Sonnabend, den 28. Januar 1893, Abends 8 Uhr,  
 im Saale des Herrn **Feindt, Weinstr. 11.**  
 Tages-Ordnung: 1. Angelegenheit in der Fabrik von Christ. 2. Verschiedenes.  
 Die Arbeiter aus der Christ'schen Fabrik werden dringend ersucht, zu erscheinen. 155/8 **Der Einberufer.**

**Rechnungs-Abschluss**  
 über den  
 Rixdorfer Weber- und Spulerrinnenstreik vom Jahre 1892.

Einnahme:		Ausgabe:	
	RM.		RM.
Auf Listen ohne a gesammelt	968,—	Streikunterstützung	11 153,—
Auf Listen mit a gesammelt	4 591,43	Schreibmaterialien und Porto	50,11
Bereine und Gewerkschaften Berlins und Umgegend	4 541,—	Fahrtgelder u. sonst. Ausgaben	161,—
Auswärtige Vereine und Gewerkschaften	1 954,76	Drucksachen	192,53
Sonstige Einnahmen	196,98	Reise-Unterstützung	28,15
Anleihen	1 500,—	Vergütung des Streikkomitees	142,—
		Zurückgezahlte Darlehen	1500,—
		Zurückgezahlt am Textilarb.-Verband	200,—
		Zurückgez. an Millarg, Berlin	100,—
		Zurückgez. an Faber, Berlin	225,96
	Summa 13 752,17		Summa 13 752,17

**Bilanz:**  
 Einnahme . . . . . 13 752 M. 17 Pf.  
 Ausgabe . . . . . 13 752 „ 17 „  
 Rixdorf, im Dezember 1892.  
 Revidirt und für richtig befunden:  
**Gustav Uhlig. Julius Schmichen. Max Pause.**  
 Die ausführliche Abrechnung kommt in den nächsten Tagen zum Versand. Anfragen sind zu richten bis 1. März 1893 an C. Kellner, Rixdorf, Bietzenstr. 65. 329/5

**„Zum Prophet“**  
**Welthaus**  
 für Herren- und Knaben-Garderoben.  
 I. Am Dönhofsplatz. I. Etage.  
 Ecke Leipziger- und Kommandanten-Straße.

**Um zu räumen,**  
**kommen zum Ausverkauf ohne Rücksicht auf deren bisherige Preise:**

Ein Posten Winter-Valotots	von 8 M. an.
Ein Posten Rauch-Valotots f. starke Herren	„ 12 „
Ein Posten Vellerrinen-Mäntel	„ 10 „
Ein Posten Hohenzollern-Mäntel	„ 21 „
Ein Posten hochfeine Valotots in Frise, Montagnac, Duffel, Velour mit Cloth, Stepp- und Seidenfutter	„ 15 „
Ein Posten Kaiser-Mäntel	„ 10 „
Ein Posten kompl. blaue Cheviot-Anzüge	„ 10 „
Ein Posten kompl. feinere Anzüge	„ 15 „
Ein Posten Gehrock-Anzüge, hochfein	„ 26 „
Ein Posten Hosen in Vurlin, Rammagarn etc.	„ 4 „
Ein Posten Nouveauté-Hosen	„ 6 „
Ein Posten Haus- und Jagdjoppen in Loden etc.	„ 6 „
Ein Posten Interims-Joppen, elegant	„ 8 „
Ein Posten Schlafrocke in Double etc.	„ 7 „
Ein Posten Schlafrocke in Velour, Feins etc.	„ 10 „
Ein Posten Westen, hochfein	„ 1 1/2 „
Ein Posten Knaben-Anzüge, schwere Waare	„ 2 1/2 „
Ein Posten Burschen-Anzüge in Satin, Velour etc.	„ 5 „
Ein Posten Jünglings-Anzüge in Cheviot, Tuch etc.	„ 7 „
Ein Posten Knaben-Valotots mit und ohne Vellerrine, sowie Hohenzollern-Mäntel zu äußerst billigen Preisen.	

Gändler und Wiederverkäufer erhalten auf obige Waaren keinen Rabatt.

**Bekanntmachung.**  
 Wir theilen hierdurch mit, daß wir vom 1. Januar 1893 ab den Preis elektrischer Energie für gewerbliche Zwecke auf 3010L\*  
**20 Pfg. für 1000 Wattstunden**  
 ermäßigt haben. Auskunft wird in unserem Bureau Schiffbauerdamm 22 ertheilt.  
**Berliner Electricitäts-Werke.**

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

31. Sitzung vom 26. Januar 1893, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf Caprivi, v. Bötticher, v. Marschall, v. Ralshahn u. a.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Etats für 1893/94 ein und berät zunächst den Etat des Reichstags (Ausgaben 423 853 M.)

Abg. Heine (Soz.) befürwortet die beschleunigte Herstellung eines neuen Katalogs der Reichstags-Bibliothek, da der letzte schon vor 10 Jahren fertiggestellt wurde und die nöthigen Ergänzungen durchaus ungenügend sind.

Abg. Graf Ballestrem bemerkt, daß die Herstellung einer neuen Ausgabe durch die Krankheit des mit der Ausarbeitung betrauten zweiten Bibliotheksbeamten verzögert worden sei.

Abg. Webel (Soz.) regt an, daß von jetzt ab zu dem neuen Katalog auch fortlaufende Nachträge erscheinen möchten. Das Interesse der Reichstagsmitglieder dürfe unter der Erkrankung eines Reichstagsbeamten nicht leiden.

Abg. Brömel (Dfr.) schließt sich diesen Klagen an. Mit dem gegenwärtigen Personal werde man allerdings nicht auskommen. Der vor treffliche Gelehrte an der Spitze der Bibliothek werde bei allein Eifer nicht in der Lage sein, allen Wünschen aus der Mitte des Reichstags zu genügen.

Abg. Baumberger (Dfr.): Leider hat die Bibliothekskommission des Hauses in der letzten Zeit schmerzliche Verluste erlitten, welche ihre Thätigkeit erheblich gehindert haben. Der Tod des Abg. Reichensperger hat eine große Lücke in die Kommission gerissen, und es wäre sehr angebracht, wenn der Präsident auf die Ergänzung dieser Lücke hinwirken wollte.

Abg. Vingens (Z.) erklärt ebenfalls die schnelle Herstellung des Katalogs für dringend wünschenswert, indessen erfordere eine solche umfassende wissenschaftliche Arbeit immerhin einige Jahre.

Abg. Waumbach (Dfr.) stimmt der letzten Auffassung zu. Man werde zu erwägen haben, ob nicht statt des kranken Assistenten ein anderer oder zwei neue angestellt werden müssen, um die Vollendung des Katalogs in die Hand zu nehmen.

Abg. von Lurbe-Bomst (Reichspartei) hält dafür, daß man doch mit dem bedrängten Beamten Nachsicht haben müsse.

Abg. Webel: Alle halbe Jahre ein Nachtrag würde genügen. Längere Nachsicht ist nach Jahre langem Warten doch wohl nicht mehr am Platze; wenigstens sollten Anstaltskräfte engagiert werden, um die möglichst rasche Ausgabe der noch ausstehenden beiden Theile zu bewerkstelligen.

Abg. v. Levetzow: Der Grund für die Verzögerung des neuen Katalogs ist, wie erwähnt, die Erkrankung des betreffenden Beamten. Ich habe seine zwangsweise Pensionierung herbeiführen wollen; es ist mir aber Aussicht gemacht worden, daß er wieder hergestellt werden wird, und ich habe geglaubt, nicht ohne Weiteres einen alten verdienten Beamten von seinem Posten entfernen zu sollen. Die Sache befindet sich in der Schwebe und wird erst Ende April entschieden sein.

Damit schließt die Diskussion. Der Etat des Reichstags wird bewilligt.

Beim Etat für den Reichskanzler und die Reichskanzlei ergreift das Wort

Abg. Dr. Barth (Dfr.): Die Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus legen es uns nahe, hier die Frage der jetzigen Handelsvertrags-Politik, welche durch den jetzigen Reichskanzler inaugurirt worden ist, anzuschneiden. Die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus haben die Tendenz gehabt, soweit es sich um die Auslassungen der Agrarier handelte, weitere Handelsverträge, insbesondere einen solchen mit Rußland zu hintertreiben. Die Herren haben dort die heftigsten Klagen erhoben und prophezeien eine unerhörte Steigerung der Noth der Landwirtschaft, wenn es zu einem solchen Verträge kommen sollte. Diese Klagen scheinen mir nicht sehr ernsthaft zu nehmen zu sein, um so mehr als das preussische Abgeordnetenhaus nur bis zu einem gewissen beschränkten Grade als eine eigentliche Volksvertretung anzusehen ist. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Die Vertheidigung der Regierung auf diese grimmigen Angriffe ist eine so schwächliche gewesen, daß man an dieser Stelle hier darauf zurückkommen muß. Die preussische Regierung steht doch mit der Reichsregierung in einem gewissen freundschaftlichen Verhältnis (Heiterkeit), aber sie hat keine Vertheidigung in ausreichendem Maße unternommen, außer einigen leisen homöopathischen Bemerkungen des Herrn Miquel, der wohl das jetzige gute Verhältnis zu den Agrariern nicht fördern wollte (Heiterkeit). Die Gegner der Handelsverträge haben jeden Nutzen derselben bestritten und einen großen Schaden derselben für die Landwirtschaft behauptet. Dem stelle ich entgegen, daß große, weite Kreise der Gewerbetreibenden in Deutschland diese Verträge mit großer Freude begrüßt haben. (Sehr richtig! links. Graf Kanitz: Sehr unrichtig.) Ich verweise auf die Urtheile der Handelskammern, von denen 107 mir vorliegen, die sich über alle Industriebezirke Deutschlands vertheilen. Mit ganz verschwindenden Ausnahmen sind sämmtliche Urtheile darin einig, daß es auf das Wärmste zu begrüßen sei, daß die Politik Bismarcks zu Ende ist und daß jetzt wieder mit unseren Nachbarn Verträge abgeschlossen werden. Es sind Handelskammern darunter, welche bisher auf dem extremsten schutzöllnerischen Standpunkt gestanden haben. Man wünscht daneben, daß auf diesem Wege fortgeschritten werde, daß es nicht zu Differenzialzöllen kommt, sondern daß mit Rußland, Rumänien, Spanien, Portugal Verträge abgeschlossen werden. Natürlich haben alle Handelskammern auch noch ihre separaten Schmerzen, namentlich darüber, daß man sie nicht ausschließlich über ihre Stimmung in diesem oder jenem Punkte vor dem Abschluß der Handelsverträge gefragt hat; aber ihr Urtheil über den Nutzen der neuen Politik ist so gut wie einmüthig. Nach einem Jahre ist es noch nicht möglich, die Erfolge solcher neuen Politik statistisch aller Welt vor Augen zu führen. Die hohen Lebensmittelpreise von 1891 haben das Meiste dazu getan, dies zu verhindern. Noch weit unbedeutender ist das andere Bedenken der Agrarier, daß die Noth der Landwirtschaft durch diese Politik gesteigert werde. Man hat, wie immer wieder wiederholt werden muß, streng zwischen den Interessen des Grundbesitzes und denen der Landwirtschaft zu unterscheiden, die keineswegs und denen der Landwirtschaft zu unterscheiden, die keineswegs zusammenfallen. Die sehr starken Preisniedergänge bei Weizen und Roggen sollen auch eine Folge dieser Handelsverträge sein. Diese Behauptung ist eine geradezu absurde. Zwischen jetzt und vor 1 1/2 Jahren hat sich der Preis pro Tonne durchschnittlich um 100 M. erniedrigt; der Grund liegt in der vorzüglichen Ernte von 1892; dazu kommt bis zur Höhe von 15 M. die Wirkung der Ermäßigung der Getreidezölle. Mehr aber können doch die Grundbesitzer den Handelsverträgen nicht vorwerfen, als diesen einen Umstand. Die gegenüberstehenden allgemeinen Interessen werden allerdings von diesen Fanatikern immer vollständiger übersehen und ignorirt. Die heutige „Kreuzzeitung“ enthält einen Artikel des Herrn von Plö, in welchem allen Ernstes den Agrariern empfohlen wird, unter die Sozialdemokraten zu gehen (Große Heiterkeit), um die Regierung ihre Macht fähig zu lassen. (Erneute Heiterkeit und Bewegung.) Der Artikel des Herrn von Plö entnimmt

diesen Ausdruck einem in der Fachzeitschrift „Landwirthschaftliche Thierzucht“ enthaltenen Aufruf; der Aufruf soll kolossales Aufsehen erregt und Hunderte von zustimmenden Zuschriften zur Folge gehabt haben. (Hört! hört! links.) Nachträglich freilich hat Herr Kuprecht Naumann, der Verfasser des Aufrufs, diese Aufforderung an seine Berufsgenossen, unter die Sozialdemokraten zu gehen, etwas abgeschwächt, und zwar mit der Motivirung, daß diese Aufforderung als „unvorsichtig“ (Große Heiterkeit) erscheinen müsse; der Ausdruck sei nur cum grano salis zu verstehen. Hier liegt wohl ein Proben der neuen konservativen Demagogie vor, von welcher kürzlich auf dem Parteitage der Deutschkonservativen die Rede gewesen ist. Neben den wirthschaftlichen Vortheilen der Handelsverträge erwächst aus denselben eine allgemeine Besserung der politischen Lage überhaupt. Allerdings war es eine bevorzugte Theorie Bismarcks, daß man politisch freundschaftlich, handelspolitisch feindselig dem Nachbar gegenüber stehen könne. Diese Theorie verliert aber, wie überall, so auch in Deutschland mehr und mehr Anhänger, anderswo hat sie überhaupt keine. Dagegen kommt die Anschauung wieder zu Ehren, daß man neben der politischen Freundschaft auch auf ein menschenwürdiges, handelspolitisches Verhältnis anstreben muß. Im Politischen Jahrbuch der schweizerischen Eidgenossenschaft wird anerkannt, daß der beständige Zollkrieg mit dem Auslande die größten politischen Verstimmungen zur Folge haben muß, und es sei deshalb der Abschluß der deutschen Handelsverträge in ganz Europa als ein großer Werk des zweiten Reichskanzlers begrüßt worden. Diese Auffassung wird unterstützt durch den Hergang bei den Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Frankreich und der Schweiz. Alle Welt ist einig, daß Frankreich einen verhängnisvollen politischen Fehler gemacht habe, sich mit der Schweiz in einen Zollkrieg einzulassen. Schon im vorigen Jahre hat der Präsident des schweizerischen Bundesraths, Droz, mit Genugthuung darauf hingewiesen, daß im deutschen Handelsverträge mit der Schweiz ein Schiedsgericht für Handelsvertrags-Streitigkeiten vorgesehen ist. Ich bitte den Reichskanzler, diesem fruchtbaren Gedanken mehr Raum zur praktischen Ausgestaltung zu verschaffen. Die Handelswelt Deutschlands ist vollständig von der Nothwendigkeit durchdrungen, daß mit den schon genannten europäischen Ländern Handelsverträge abgeschlossen werden, wenn auch keine großen Konzessionen von uns oder von der anderen Seite gemacht werden sollten. Die agrarische Presse erregt seit langem den Glauben, daß, wenn es nicht gelingt, von Rußland ganz ungeheure Konzessionen zu erlangen, dann von einem Handelsverträge mit diesem Lande gar nicht die Rede sein könne. So liegt die Sache nicht; das ist auch gar nicht die wahre öffentliche Meinung Deutschlands. Wird mit einem dieser vier Länder ein Vertrag geschlossen, so werden sich bei der Berathung desselben im Reichstag die agrarischen Gegner in derselben ohnmächtigen Minderheit befinden, wie vor einem Jahre. (Lebhafte Zustimmung links, Unruhe rechts.) Die Ereignisse in der nordamerikanischen Union, die Mehrheit der Tarifreformer in dem Repräsentantenhaus und selbst im Senat wird dort in unabweisbarer Zeit eine doppelte Aenderung der Verhältnisse herbeiführen. Nicht zu werden werden wir darunter haben, daß die Vereinigten Staaten zu einem gewichtigen Freihandelsystem übergehen, sondern wir werden dadurch erheblich gestärkt werden. Mit Sicherheit ist voranzusehen, daß die veränderte Zollpolitik bei den Rohmaterialien und Halbfabrikaten einsehen wird. Die Arbeit ist in Amerika billiger als in Europa und daher auch die Arbeitsleistung. Wenn wir uns also nicht die gewaltigste Mühe geben, werden die Amerikaner uns ohne allen Zweifel über kurz oder lang auf dem Weltmarkt die stärkste Konkurrenz machen. Wir müssen deshalb wünschen, daß jene Politik der Handelsverträge sich weiter entwickelt; man darf nicht zurückfallen in die schutzöllnerische Politik der früheren Zeit. Nur so werden wir den großen Kampf auf dem Weltmarkt bestehen können. Wir haben Vorsehungen vor den Amerikanern, sie liegen in der alten Kultur und in dem Vorhandensein einer ganzen Anzahl exportirter Spezialitäten, die die Industrie drüben noch nicht besitzt. Aber das kann sich alles leicht und schnell ändern. Deshalb müssen wir unsere Arbeit selbst verbessern und die Lasten, die ihr unser Schutzöllnsystem aufgedrückt hat, abschütteln. Ich schließe mit dem Wunsche, daß dem Reichskanzler der Abschluß neuer Handelsverträge gelingen möge. (Beifall links.)

Abg. Graf Kanitz (D): Es wäre doch wohl angemessen gewesen, wenn die Freisinnigen von ihrer Absicht, hier die Handelsverträge zu besprechen, den andere Parteien vorher Kenntniß gegeben hätten. (Widerspruch links.) Ich habe erst vor 2 Stunden in der Börsenquote-Kommission von dieser Absicht erfahren. Ich muß nun zunächst dagegen protestiren, daß Herr Barth Ausdrücke wie „lörricht“ auf die Gesetzgebung anderer befreundeter Staaten anwendet, wie er es bezüglich der Roc Kinley-Bill gethan hat. Er liebt überhaupt übertriebene Ausdrücke; so sprach er neulich davon, daß Leon-Beaulieu, der Freihändler, der einzige hervorragende Franzose sei, der aus dem Panama-Skandal mit reinen Händen hervorgegangen sei. (Widerspruch des Abg. Barth.) Er hat das allerdings gesagt, aber im stenographischen Bericht den Ausdruck sehr abgeschwächt. (Unruhe links.) Ich bedauere sehr, daß im Deutschen Reichstage mit solchen Kraftausdrücken operirt werden kann. Herr Barth nennt auch das Preussische Abgeordnetenhaus eine Volksvertretung in beschränktem Maßstabe. Er hat mit diesem Ausdrucke sehr Unrecht, gerade so unrecht wie mit der Identifizirung des Herrn von Plö, meines Fraktionsgenossen im Abgeordnetenhaus, mit dem Aufruf aus der „Kreuzzeitung“. Was die Schutzölle betrifft, so hat niemand unter dem Verlassen dieses Systems mehr zu leiden gehabt als ich selbst. Ich habe die besten Jahre meines Lebens darauf verwendet, die Schutzölle zu der Höhe zu bringen, welche sie bis zum vorigen Jahre gehabt haben. Die Berichte der Handelskammern können für uns nicht maßgebend sein. Zu Handelskammern haben die Kaufleute, der Handelsstand, die Mehrheit. Der ist ja naturgemäß auf die Freiheit des Handels angewiesen. Die Industrie hat mich im vorigen Jahre in einer Menge von Zuschriften aufgefordert, einer zu starken Herabsetzung der Zölle entgegenzuwirken; die Stimmen der Industrie können also auch nicht gegen uns verworther werden. Im Jahre 1892 hat sich die Einfuhr Deutschlands um 59 Millionen vermehrt, die Ausfuhr um 11 Millionen abgenommen (Hört! rechts), für die Handelsbilanz ein sehr schlimmes Symptom, und man hat ein Steigen der Einfuhr prophezeit. Der Hinweis auf Frankreich beweist auch nichts. Dort hat die Einfuhr abgenommen und die Ausfuhr ist auf derselben Höhe geblieben. Unsere Industrie hat von den Handelsverträgen nichts zu hoffen, die Ausfuhr nach Oesterreich ist ebenfalls zurückgegangen. Wir sind jetzt glücklich so weit, daß die Preise für Cerealien unter die Produktionskosten herabgesunken sind. Der deutsche Landwirth steht gegenwärtig an jeder Tonne Roggen zu. Die Ernte von 1892 ist keineswegs allgemein eine so großartige, vorzügliche gewesen; ich kann das aus persönlicher Erfahrung bezeugen. Mit den niedrigen Preisen müssen wir dem Ruin entgegengehen. Viel lieber wäre es uns, wir hätten erträglich hohe Preise, und der Arbeiter lüte keine Noth. (Lachen links.) Ja, zunächst muß doch der Arbeiter Geld haben, um die Nahrungsmittel zu kaufen! Wenn Nothhände herrschen, wenn die Arbeitslosigkeit permanent ist, nähren dem Arbeiter auch die billigsten Getreide- und Lebensmittelpreise nichts. Ueber die neuen Handelsverträge, welche geplant sein sollen, worüber Verhand-

lungen im Gange sind, verzichte ich hier zu sprechen. Ueber die Wünsche der Landwirtschaft ist an anderer Stelle genügend nach außen gesprochen worden. Unsere Kunst bei den Handelsverträgen hat darin bestanden, daß wir alle Forderungen der anderen Seite, sowohl der Schweiz, wie Italiens, ohne weiteres bewilligten. Diese Länder, nicht wir, haben den Vortheil von den Verträgen. Das französische Verhältnis gegenüber der Schweiz mag ja nicht ganz so billig sein, aber es billigt keineswegs die Art und Weise, wie unsere Unterhändler operirt haben. Unverständlich ist doch auch, warum man den Amerikanern die Vertragsföge gewährt, den Russen aber nicht. Redner stellt bei dieser Gelegenheit fest, daß er Recht gehabt habe, als er im vorigen März gegenüber dem Freiherrn von Marschall behauptete, die Franzosen hätten niemals daran gedacht, den Amerikanern ohne Gegenleistung ihren Vertragstaxi zu bewilligen. Amerika habe also ein sehr gutes Geschäft gemacht, wenn es unsere deutschen Getreidezölle ohne Gegenleistung bewilligt erhielt. Die Ausführungen des Herrn Barth über die amerikanische Arbeit stehen in direktem Widerspruch mit denen der Sozialdemokraten. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) In der „Freisinnigen Zeitung“ des Herrn Eugen Richter war im vorigen Jahre direkt gesagt, daß nichts verkehrter sei als zu glauben, daß diese Handelsverträge der Ausfuhr einen Aufschwung gäben. (Hört! und Lachen rechts.) Das hat Herr Richter gesagt; eine so harte Kritik habe ich an den Handelsverträgen nicht geübt und werde sie auch heute nicht üben. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Marschall: Ich möchte meine ganze Rede vom vorigen Jahr wiederholen, wenn ich den Herrn Grafen Kanitz heute hier widerlegen wollte. Aus der Zollpolitik der Vereinigten Staaten und Frankreichs haben wir die Konsequenzen zu ziehen, welche wir für die richtigen halten, und diese Haltung ist von sehr einschneidender Bedeutung gewesen bei den Vorarbeiten der Handelsverträge. Bezüglich der Verhandlungen mit Rußland erkläre ich, daß solche Besprechungen im Gange sind, welche den Zweck einer Verständigung verfolgen. Wir bieten unseren Konventionalltarif und verlangen von Rußland eine Ermäßigung des Zolltarifs. Wenn der Graf Kanitz ein noch so schroffer Gegner des Vertragsverhältnisses mit Rußland ist, so gebe ich doch die Hoffnung nicht auf, daß auch er für den Vertrag stimmen wird, wenn derselbe genügende Konzessionen enthält. Daß in einer so kurzen Spanne Zeit eine günstige Wirkung der Handelsverträge sich schon statistisch manifestiren könnte, ist einfach eine Unmöglichkeit. Die Import- und Exportzahlen von 1892 mit 1891 verglichen ergeben allerdings eine Unterbilanz, aber 1888/89 hat sie über 800 Millionen, 1890/91 über eine Milliarde betragen. 1892 hat in den ersten zehn Monaten verglichen mit 1891 allein in Weizen Mehreinfuhr von 87 Millionen Mark stattgefunden. (Hört! links.) Die Einfuhr von Getreide liegt doch nicht in den Handelsverträgen, sondern in der schlechten Ernte von 1891 begründet. Die Minder-einfuhr von Zucker, die ebenfalls außer allem Zusammenhang mit den Handelsverträgen steht, beträgt in demselben Zeitraum 33 Millionen. Diese beiden Summen übertreffen also schon die ganze Unterbilanz. Es läßt sich mindestens behaupten, daß, wenn die Handelsverträge nicht abgeschlossen wären, die Zahlen der Unterbilanz noch viel ungünstiger erschienen wären. Die Regierung hat doch nicht aus Willkür die Handelsverträge geschlossen. Wir haben vordem von unserer Zollautonomie ausgehenden Gebrauch gemacht. Der 1. Februar 1892 bedeutet für uns, daß die Meistbegünstigungsklausel infolge der Tarifpolitik der anderen Staaten ein werthloses Stück Papier geworden wäre, wenn wir nicht durch Tarifverträge dieser Gefahr zuvorkommen. Bewahren wir die Autonomie unseres Zolltarifs, hätten wir abwarten wollen, was die anderen Staaten mit unserem Export machten, so wären wir zu spät gekommen. Graf Kanitz will überhaupt nichts von Tarifverträgen wissen. Er sagt: Laßt uns nur die Getreidezölle von 5 M., was aus dem Export wird, ist mir egal! (Sehr richtig! links.) Der Schutz der nationalen Arbeit war der Grundzug der Weisheit von 1879; aber ist denn der Export nicht auch ein Theil der deutschen Arbeit? Er ist sogar zu einem recht hohen Theile hochgelohnte Arbeit. Unsere Ausfuhr ist also nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch sozialpolitisch ein bedeutsamer Faktor. Die Preisgabe dieser Interessen wäre ein Rückschritt gewesen. Die Unterscheidung zwischen Interesse der Landwirtschaft und des Großgrundbesitzes kann ich nicht anerkennen; wenn es der Landwirtschaft schlecht geht, kann es dem Grundbesitz unmöglich gut gehen. Aber die Vertreter der landwirthschaftlichen Interessen sind nicht auf dem richtigen Wege, wenn sie prinzipiell gegen Tarifverträge Front machen. Die Anhänger der Getreidezölle haben stets behauptet, dieser Zoll übe bloß eine regulirende Wirkung aus, komme aber niemals in seiner ganzen Stärke preisvertheuernd zur Geltung. Das hat sich nicht bewahrheitet. Der Preis überstieg den Weltmarktpreis um den vollen Betrag von 50 M. pro Tonne, und gerade Graf Kanitz hat diese Wirkung des Zolles hier im Reichstage öffentlich beklagt. Wenn der Getreidezoll so hoch steht, daß er einer einzigen Missernte nicht Stand halten kann, so muß er der Landwirtschaft auf die Dauer zum größten Schaden gereichen. Die Frage stand damals nicht so, daß wir die Vortheile ins Auge zu fassen hätten, sondern wie wir es zu machen hätten, um die schweren Nachteile zu verhindern, welche der 1. Februar 1892, das Abflauen aller Tarifverträge, unsehbar über Deutschland heraufbeschwor. Redner weist dies im einzelnen an der Lage der handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zu der Schweiz nach. Den Vortheil der Stabilität der Zölle hat Graf Kanitz für die Industrie anzuschlagen ganz vergessen. Die Zölle sind auf 12 Jahre gebunden. Jede Industrie hat uns erklärt: lieber den höheren Zoll auf 12 Jahre, als einen niedrigeren auf nur 8 oder 14 Tage. Die Verträge sind für unsere deutsche Wirtschaft ein wohlthätiges und nützliches Werk gewesen, und der Reichstag hat sich den Dank der Nation verdient dadurch, daß er dieselben rasch und mit so großer Majorität angenommen hat! (Beifall links.)

Abg. Richter (Dfr.): Die Stellungnahme des Staatssekretärs bekräftigt mich in der Hoffnung, daß die Angriffe der Agrarier auf den Reichskanzler im Abgeordnetenhaus ohne Erfolg bleiben werden. Für uns ist es eine gewisse Ernüchterung, daß wir aus dem Munde des Herrn von Marschall jetzt Ideen vortragen hören, welche wir seit Delbrücks Tagen vergeblich zur Anerkennung zu bringen versucht haben, vor allem die Würdigung der Exportindustrie. Graf Kanitz beschwert sich darüber, daß er nichts von unserer Absicht vorher erfahren habe. Ja, ich selbst habe erst durch ihn zu Anfang der Sitzung davon gehört. Wir sind also nicht von Parteiwegen vorgegangen. Aber was ist denn im preussischen Abgeordnetenhaus geschehen. Beim Etat der Domänen hat Herr von Grösa eine große Rede gegen die Handelsverträge gehalten und die Debatte darüber hat drei Tage gedauert. (Zwischenruf rechts.) Das hätten wir uns denken können? (Große Heiterkeit.) Ihnen kann man allerdings manches zutrauen, aber das hätten wir doch nicht erwartet, daß sie uns diese Debatte dort plötzlich über die Ohren sieben würden. (Heiterkeit.) Graf Kanitz hat doch wirklich mehr Anlaß, hier sich als Volksvertreter zu fühlen als drüben, wo er unter dem elendesten aller Wahlsysteme gewählt ist. (Unruhe rechts.) Ja, wir führen Ihnen, auch wenn Sie es nicht gern hören, die Autorität des Fürsten Bismarck an, wenn es uns paßt. (Erneute

Zwischenruf erschallt.) Wie können Sie uns auf Abwardt verweisen? Die konservative Partei will uns das verhalten, diese Partei, die gegenüber den antisemitischen Völkereien wie vom Erdboden verschwinden ist und auch in Wägnitz nur als schattenhaftes Wesen auferstehen wird! (Große Heiterkeit.) Aus dem, was Herr von Bök in der „Kreuz-Zeitung“ schreibt, sieht man ja, wo die selbständige konservative Partei schließlich hinkommt. Daß Graf Kanitz hinter den Kulissen bis 1871 gewirkt hat, läßt sich nicht wieder durchbringen der jetzigen Regierung gegenüber. Sie wollten durch ihren dreitägigen Sturm auf den preussischen Landwirtschaftsminister stark machen, daß er sich den Handelsvertrags-Verhandlungen mit Rußland entgegensetze und es verhinde, daß Preußen im Bundesrathe damit vorgehe. Dieser Ihr Plan ist aber gescheitert. Glauben Sie denn, es geht allein in der Landwirtschaft insofern schlechter Ernten schlecht? Wenn aber andere Erwerbszweige leiden, sagen die Herren Agrarier nicht. Ich selbst habe im preussischen Abgeordnetenhause auf die Abrede hingewiesen. Wenn Sie Feinde einer Differenzialzoll-Politik sind, dann sind wir ja einig, und ich verstehe Ihre Stellungnahme nicht. Dann müssen Sie doch mit uns für den russischen Handelsvertrag stimmen. Mit der Noth der Landwirtschaft haben Sie auch diesmal wieder im Abgeordnetenhause die berüchtigte Währungsdebatte veranlaßt, um die nicht ganz Unterrichteten einzufangen. Wie ein Gespenst soll nach Herrn von Münnigerode der Handelsvertrag lähmend auf die Landwirtschaft einwirken. Nach den Versprechungen der Herren mußte die Politik des jetzigen Reichskanzlers fast als Landesverrat erscheinen. Den landwirtschaftlichen Minister von Heyden, der sich dazu hergegeben hat, sich mit dem System der Handelsverträge zu befremden, hat Herr von Kröcher geradezu zum Abtritt aufgefordert. (Stürmische andauernde Heiterkeit.) Die Agrarier haben nicht nachgelassen immer und immer zu bohren, um Erhöhung der Getreidezölle zu erlangen; daß dieses Treiben durch die Handelsverträge verhindert ist, das ist der Schmerz, der Sie zu diesen Kapriolen veranlaßt. Als die Schutzpolitik kam, verwarf man uns stets auf die ehrliche Probe; jetzt soll diese ehrliche Probe gelten. Unbegreiflich ist es geradezu, daß die Vertreter der Landwirtschaft im Osten gegen den Handelsvertrag mit Rußland sich erklären. Unser armer Osten ist ausgerieben und ruiniert, wenn die Grenzen nach Rußland nicht handelspolitisch geöffnet werden. Wir schließen uns dem Wunsche an, daß der Abschluß dieses Vertrages gelingen möge!

Abg. von Frege (Hr.): Es wird den Herren von der Linken nicht gelingen, das Bild von der Lage der Landwirtschaft zu verwischen, welches die dreitägige Debatte im preussischen Abgeordnetenhause entrollt hat. Wir stehen seit 13 Jahren unentwegt bei diesen handelspolitischen Fragen auf demselben Standpunkt. Die Landwirtschaft hat ihren Schwerpunkt im Inlande zu finden, sie ist die Nährmutter aller anderen Stände. Sie flehen uns auch heute wieder allerlei schöne Epitheta zu von Unerschlichkeit, abligem Kornwucher u. s. w.; ich muß dagegen Zeugnis ablegen für die gemäßigten, maßvollen Forderungen, wie sie gerade die deutschen Agrarier seit 14 Jahren geltend gemacht haben. Die verbündeten Regierungen haben doch seinerzeit selbst einen Getreidezoll von 6 Mark vorgeschlagen. Unsere Klagen werden nie verflummen, bis sie gehört sind; sie konnten bisher nirgends anderswo erhoben werden, als auf dem Zolltarifgebiete, weil die Regierung unsere anderen Forderungen noch immer nicht erfüllt hat, weder auf dem Gebiete des Unterstützungswohnzuges, noch in der Währungsfrage. Die Ergebnisse in der konservativen Presse sind das Ergebnis einer Reihe von Mißverständnissen der neueren politischen Maßnahmen im Volke. Die allgemeine Unzufriedenheit rührt hauptsächlich daher, daß für den kleineren, den bäuerlichen Grundbesitzerstand nichts geschieht ist, obwohl er unter der Ungunst der Verhältnisse am allermeisten zu leiden hat. Daher rührt auch die Entvölkerung des platten Landes. Wir haben alle Ursache uns zu freuen, daß der Staatssekretär sich voll und ganz zu dem gemäßigten Schutzsystem bekannt hat, welches ich schon 1879 empfohlen habe. Ein Schutz Zoll von 3,50 Mark auf 12 Jahre ist unter Umständen wirklich wertvoller als ein Zoll von 5 oder 6 Mark, der jeden Tag wieder wegschlagen kann. Die Frage der Währung aber muß endlich einmal in Angriff genommen werden. Auf diesem Gebiete müssen Konzessionen gemacht werden, dann werden wir auch den Handelsverträgen sympathischer gegenüberstehen. Die Lage der Landwirtschaft ist seit 14 Jahren so gedrückt, daß man es den Bauern nicht verdenken kann, wenn sie jede Maßregel, welche von freihändlerischer Seite ausposaunt wird, mit Mißtrauen betrachten und glauben, daß man ihnen keine Unterstützung von Staatswegen bringen will, während wir es besser wissen, daß sie ihnen gewährt werden soll. Was die russischen Vertragsverhandlungen betrifft, so habe ich die feste Hoffnung, daß die russische Industrie ihre Schutzölle ihrer eigenen Regierung gegenüber so tapfer verteidigen wird, daß es nicht so bald dazu kommen wird, hier in diesem Hause einen Handelsvertrag zu sanktionieren. Auch die Landwirthe unserer östlichen Provinzen dürften ihre Situation viel besser kennen, als Herr Mikert. Der aus allen Handelskammer-Sekretären zusammengesetzte Abg. Barth ist für uns keine Autorität für die günstige Wirkung der Handelsverträge. Wir wissen ja doch das eine schon, daß so und so viel Millionen uns fehlen, die uns der Schutz Zoll brachte; wie sollen die Kompensationen beschafft werden? Ohne das platte Land, ohne den Grundbesitz wieder zu präserviren, wird es doch nicht abgehen, wenn auch nachgerade jeder weiß, daß dies die schwächsten Schultern sind, denen die schwersten Lasten auferlegt werden.

Abg. Wilsbrandt (Hr.): Wenn die Getreidezölle unverändert geblieben wären und der Getreidepreis also heute 15 Mk. höher stünde als er steht, hätte das die Herren Graf Kanitz und v. Frege etwa verhindert, über die Nothlage der Landwirtschaft zu klagen? (Sehr gut! links) Die ungunstige Handelsbilanz, über welche Graf Kanitz klagt, liegt doch schon seit vielen Jahren vor. Die Schutz Zoll-Politik hat das richtige Verhältnis von Produktion und Konsumtion zerstört, und unter diesem Mißverhältnis wird die Landwirtschaft zu leiden haben, bis mit dem Schutz Zoll-System auch dieses Mißverhältnis wieder verschwunden ist. Wie es möglich ist, wenn man an eine Harmonie der Interessen glaubt, eine Politik zu treiben, welche den Zweck und die Absicht hat, die Interessen Anderer zu verletzen, ist mir nicht klar. Hat diese Politik ihre Rückschlüsse gebracht, so haben sich die Herren Agrarier die Schuld daran selbst beizumessen. Die Handelsverträge sind immer erst ein Zwischweg zum Besseren.

Abg. von Schalfsch (Hr.): Die Stimmung über die Handelsverträge ist in Schlesien eine sehr schlechte. Als ich vor Jahresfrist nach Hause reiste, behandelte man mich mittheilig. Man konnte meine Ablehnung der Handelsverträge nicht begreifen. Einer nach dem andern ist zu Kreuze gekrochen. (Zuruf: Wer denn?) Sie haben alle Ihre Meinung geändert und stimmen mir jetzt vollständig zu. Ich weiß nicht, ob der Regierung davon etwas bekannt geworden ist. Was wird der Handelsvertrag mit Rußland bringen? Stabilität nicht; jeder, der nach Rußland Geschäfte gemacht hat, hat unter dem wechselnden Rubelkurs zu leiden gehabt. Das ist ein Beweis dafür, daß die Geldfrage bei den Handelsverträgen auch eine große Rolle spielt. Zu den Vorbereitungen des Handelsvertrages mit Rußland hat man Vertreter der Industrie und des Handels zugezogen, Vertreter der Landwirtschaft aber nicht. Das ist bezeichnend.

Abg. Barth (Hr.): Der Vorredner hat von den schlimmen Erfahrungen gesprochen, die jemand mit einem Geschäft mit Rußland gemacht hat. Der Herr hätte Rubel auf Termin verkaufen sollen, dann hätte er keinen Schaden erlitten, aber die Herren kennen das wirtschaftliche Treiben nicht und stellen sich dann hin und halten große Reden gegen das Termingeschäft. So scheint auch Herr von Frege die Stellung des Präsidenten der Vereinigten Staaten Cleveland zu verlernen; derselbe steht durchaus nicht auf dem Standpunkt des Herrn Frege.

Graf Kanitz tadelt es, daß ich von einer „thörichten“ Politik der Mac Kintock-Bill gesprochen habe. Die Amerikaner werden über die Mißde dieses Urtheils verwundert sein, denn in Amerika ist ein völliger Umschwung eingetreten. Verbrocherisch, niederträchtig, diebisch hat man diese Politik in Amerika genannt. (Heiterkeit.) Redner berichtigt die Auffassung des Grafen Kanitz von seiner Bemerkung über Leroy-Beaulieu auf Grund des stenographischen Berichtes und fordert den Grafen Kanitz auf, seinen Irrthum zu berichtigen.

Abg. Graf Kanitz erklärt, daß er zu dem Irrthum gekommen sei, auf Grund des Berichtes zweier Blätter, der „Kreuz-Zeitung“ und des „Vörsen-Sturiers“, also zweier ganz verschiedenen Parteizeitungen angehöriger Blätter. Redner bleibt dabei, daß der Vertrag mit der Schweiz kein großer Erfolg für Deutschlands Unterhändler sei; denn der Schweizer neue Zolltarif war, wie die „Freisinnige Zeitung“ sagte, nur ein papierener Pöpsel, mit dem man Deutschland schrecken wollte, was man auch erreicht hat.

Staatssekretär v. Marschall: Die Unterhändler trifft keine Verantwortung für den Abschluß des Vertrags, sie haben nach ihren Anweisungen gehandelt. Daß der Schweizer Generaltarif kein Pöpsel ist, beweist der Umstand, daß er Frankreich gegenüber jetzt in Anwendung ist. (Sehr richtig! links.) Daß die Schweiz beim Ablauf der Verträge einen Generaltarif autonom aufgestellt hat, ist sehr begreiflich. Die Schweiz war vorher Jahre lang gebunden durch Tarifverträge. Wir haben diese Zeit benützt, um unsere Zölle dreimal zu erhöhen. Wir können es der Schweiz nicht verdenken, daß sie ähnlich verfahren ist. Wir können doch nicht für uns das Recht in Anspruch nehmen, schutzlos zu sein und anderen Staaten zumuthen, daß sie freihändlerisch bleiben oder werden sollen!

Abg. von Frege beweißt, daß der Präsident Cleveland in der Silberfrage eine Stellung einnehmen wird, welche eine Abschaffung der Bland Bill herbeiführt. Man wird in Amerika immer auf die Silberinteressen Rücksicht nehmen.

Abg. Barth bestreitet die Richtigkeit der Auffassung des Herrn von Frege und weist das Zeugniß der Zeitungsberichte zurück, da Graf Kanitz bei der fraglichen Debatte zugegen war und nicht nöthig hatte, sich auf Zeitungsberichte zu berufen.

Abg. Kanitz meint, der Vorredner hätte ihn bei der damaligen Debatte gleich berichtigen sollen, worauf Abg. Barth bemerkt, er glaube dies gegen einen damals gemachten Zwischenruf genügend gethan zu haben.

Darauf wird die Debatte geschlossen und der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzler genehmigt.

Schluß 5/4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr (Etat des Reichskanzlers des Juniens).

## Parlamentarisches.

Die Budgetkommission setzte heute die Verathung des Marine-Glans fort. Der Abgeordnete Müller brachte die Frage der Kohlenringe und der Bevorzugung englischer Kohlenofferten zur Sprache und suchte das Treiben der deutschen Kohlentinge zu vertheidigen — ebenso wie sein Fraktionsgenosse Hamacher. Die Abgeordneten Richter und Singer traten dem entgegen, und schließlich wurde mit großer Mehrheit eine, von Richter beantragte Resolution angenommen, zu erklären, daß die Marineverwaltung bei dem in der übergebenen Denkschrift geschilderten Bezug von Kohlen den gebotenen finanziellen und wirtschaftlichen Rücksichten entsprechend gehandelt hat.

Fünfte Sitzung der VIII. Kommission (Aenderung des § 180 u. s. w. St. G. B., sog. lex Heinze). Die heutige Sitzung beschäftigte sich mit Verathung des § 181. Nach demselben soll die Kuppelei, selbst wenn sie weder gewohnheitsmäßig, noch aus Eigennutz betrieben wird, mit mindestens einem Jahre Zuchthaus und Ehrverlust bestraft werden, wenn der Schuldige zu der verpöppelten Person in dem Verhältnisse des Chemanns zur Ehefrau, von Eltern zu Kindern, von Vormündern zu Pflegebefohlenen, von Geistlichen, Lehrern oder Erziehern zu den von ihnen zu unterrichtenden oder zu erziehenden Personen steht. Stadhagen hob hervor, daß es unbillig erscheine, überhaupt und besonders hart auch in dem Fall zu strafen, in dem zum Beispiel ein aus wer weiß welchen Gründen nachsichtiger Chemann seiner Ehefrau den von dieser gewünschten Ehebruch gestatte. Schimpflich sei es, wenn der Chemann, die Eltern, der Vormund u. s. w. eigenmächtig handele oder auf den Willen der zu verpöppelnden Person dahin einwirke, daß sie die unzüchtige Handlung dulde oder vornehme. Ein dahingehender Antrag wurde gestellt. Ferner aber habe das Reichsgericht, und wieder seitdem die meisten Gerichte Deutschlands, im Jahre 1885 entschieden, daß Eltern mit mindestens einem Jahre Zuchthaus und Ehrverlust wegen Kuppelei bestraft werden müssen, wenn sie dulden, daß im elterlichen Hause der Bräutigam ihrer Tochter beim „Fensterin“ oder in ähnlicher Weise einen der Volkssitte entsprechenden Verkehr bereits vor der Hochzeit pflegt. Es müsse straflos bleiben, was die Volkssitte für nicht ungebührig erachtet. Er beantragt deshalb ferner den außerordentlichen Verlehr Verlobter nicht als Unzucht im Sinne des Kuppeleiparagraphen zu erachten, das Zulassen dieses Verkehrs im Elternhause also straflos zu lassen. Staatssekretär Danauer, die Abgeordneten Mundel, Gröber, Söder u. a. bekämpften die Anträge. Nach einer ausführlichen Darlegung Wobels über die Nothwendigkeit, nicht unter Strafe zu stellen, was im Volksbewußtsein nicht als unehrenhaft erachtet, dessen Gegenheil vielmehr die einen Orten Bayerns, Badens, Württembergs für etwas die Braut Beschimpfendes erachtet werde, wurde die Härte des bestehenden Zustandes auch von anderen Seiten anerkannt und beantragt, für den Fall des Vorliegens mildernder Umstände Gefängniß zuzulassen. Schließlich erhielt nach lebhafter Debatte § 181 folgende Fassung:

Die Kuppelei ist, selbst wenn sie weder gewohnheitsmäßig, noch aus Eigennutz betrieben wird, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren zu bestrafen, wenn

1. um der Unzucht Vorbehalt zu leisten, hinterlistige Kunstgriffe angewendet werden oder
2. der Schuldige zu der verpöppelten Person in dem Verhältnisse des Chemanns zur Ehefrau, von Eltern zu Kindern, von Vormündern zu Pflegebefohlenen, von Geistlichen, Lehrern oder Erziehern zu den von ihnen zu unterrichtenden oder zu erziehenden Personen steht.

Neben der Zuchthausstrafe ist der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auszusprechen; auch kann zugleich auf Geldstrafe von 150 bis 6000 Mark, sowie auf Zulassung von Polizei-Aufsicht erkannt werden. Liegen mildernde Umstände vor, so kann die Strafe bis auf einen Tag Gefängnißstrafe ermäßigt werden.

Die Aenderungen gegen den bestehenden Zustand sind durch Expedient hervorgehoben. Die nächste Sitzung findet am Sonnabend, den 28. Jan., 10 Uhr statt (Zuchthausparagraph).

Zu der Wahlprüfungskommission wurden heute zunächst die Berichte über die Wahlen der Abgeordneten Müller (Darmstadt) und Lucius (Erfurt) festgesetzt und dann die Debatte über die Wahl des Abg. Schier (Hannau) fortgesetzt. Die Verhandlungen über diese Wahl führten zu dem Ergebnis, daß neue Erhebungen darüber beschlossen wurden, ob die Ortsdiener Schmidt aus Langenselbold und Puth aus Fachsenheim, welche nach eigener beiderseitiger Aussage zur Stichwahl Stimmentel für Schier in die Häuser getragen und solche auch vor den Wahllokalen verbreitet haben, damals die Eigenschaft als Polizei-

Organe gehabt und als solche etwa auch äußerlich, — sei es durch Uniform oder Dienstmütze u. dergleichen — erkennbar gewesen seien. Durch diese neuen Erhebungen ist die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl des Abg. Schier wieder auf Monate hinaus geschoben.

Zu der gestrigen sechsten Sitzung der Militärkommissions fand immer noch Generaldiskussion statt. Als erster Redner erhielt das Wort „König Stamm“, welcher der Anschauung Ausdruck giebt, daß es eigentlich überflüssig sei, die allgemeine Diskussion fortzusetzen. Er wolle sich aber doch, weil über die Kommissionsberathungen in breiter Öffentlichkeit berichtet werde, gegen die letzten vier Redner wenden. Dem Abg. Payer gegenüber behauptet er, daß sich im Volke immer mehr Wärme für die Vorlage geltend mache, namentlich in Baden und Württemberg und in der bayerischen Pfalz. Bebel habe „für die Vorlage“ gesprochen, da er gelüchert, man könne nicht bloß 60 000, sondern sogar 120 000 Rekruten mehr einstellen, allerdings bei viel längerer Dienstzeit und im Rahmen des Milizgesetzes, auf welches aber die Regierung unter gar keinen Umständen eingehen könne. Warum? Darum! — Dem von Dr. Lieber in die Diskussion gemorsenen Wahlspruch: „Lieber bayerisch sterben als kaiserlich verderben“ setzt er die wenig geistreiche Variante entgegen: „Bayerisch leben und im Reich gedeihen.“ Die Prophezeiung, daß die Deutschen durch die fortgesetzten Militärlasten eine Nation von Bettlern werden würden, sei eine maßlose Uebertreibung, allerdings sei Deutschland im Vergleich zu Frankreich vor 20 Jahren ein armes Land gewesen, heute aber schwimme es förmlich in Wohlstand. Die Zifferangaben des Abg. Hinzge seien durch den General v. Gohler widerlegt worden. Die „geschliche“ Festlegung der zweijährigen Dienstzeit sei ihm sympathisch, nicht aber die verfassungsmäßige, durch welche die Regierung an das Parlament ausgeliefert würde, welches später auf den Einfall kommen könnte, die erforderliche Präsenziffer nicht mehr zu bewilligen. Er wolle also die „geschliche Festlegung“, aber auf keinen Tag länger, als auf die Dauer des vorliegenden Gesetzes. Auf Grund einer „eigenen Rechnung“ bringt er heraus, daß man spielend leicht 65 000 Mann mehr einstellen könne. Trotzdem „bekanntermaßen ein sehr verhältnißliches Gemüth“ habe, könne er doch dem Abg. Hinzge auf dem Gebiete der von demselben proponirten Vermehrung (28 000 Mann) nicht entgegenkommen, mit einer solchen könne man knapp die Verstärkung der Artillerie betheiligen, die vierten Infanterie-Bataillone müßten da ganz weglassen. Auch das Angebot Bennisfens (40 000) bedrängte ihn nicht. Was die Regierung für das, was sie verlange, biete, sei ein so bedeutendes „Kompromiß“, daß die Volkvertretung wohl darauf eingehen könnte. Die seitherigen Kommissions-Verhandlungen hätten dem Reiche im Ausland schon unendlich geschadet und namentlich den französischen Chauvinismus wieder erheblich geschürt. „So wie die Regierung uns, den Abgeordneten, überlegen, seien die Abgeordneten den Wählern überlegen“, deshalb dürfe man der Mißstimmung der letzteren nicht nachgeben. Mit einer recht graulichen Schilderung der politischen Lage und der Drohung mit dem unausbleiblichen Konflikt schließt Herr Stamm sein geordnetes Flugblatt ab.

Richter meint, nach den einleitenden Worten des Vorredners hätte man eigentlich erwarten dürfen, daß derselbe selbst auf's Wort verzichtet haben würde; statt dessen thut derselbe so, als ob er die Majorität oder doch mindestens eine starke Minderheit hinter sich hätte, während es noch zweifelhaft sei, ob nur ein Dutzend seiner eigenen Freunde hinter ihm stehe. Bezüglich der vom Reichskanzler in letzter Sitzung vorgebrachten Ziffern-Verichtigungen gegenüber dem Abg. Bebel habe sich auf Grund der schweizerischen Militär-Spezialstudien herausgestellt, daß Herr von Caprivi sich gewaltig getäuscht habe, denn die Kosten des schweizerischen Milizheeres betragen in der That kaum die Hälfte von dem, was der Reichskanzler angegeben. Nach dessen Angaben bedeuten die schweizerischen Heeresausgaben in der Höhe von 33 Millionen so viel, als wenn Deutschland 688 Millionen im ordentlichen Heeresetat ausgeben würde. Nun seien aber in den Ziffern des Kanzlers die ganzen Ein- und Ausgaben der schweizerischen Militärverwaltung und sonstigen militärischen Establishments mit aufgeführt, nach deren Abzug nur circa 20 Millionen übrig bleiben; ferner seien auch die Ausgaben für Anschaffung der Klein caliberigen Gewehre und die Befestigungen mit in den ordentlichen Ausgaben aufgeführt. In Wirklichkeit reduzire sich demnach die Gesamtausgabe auf ca. 16 statt 33 Millionen, so daß das schweizerische Heer um mehr als die Hälfte billiger zu stehen komme, als das deutsche. Mehrliche Verichtigungen läßt der Redner den reichskanzlerischen Angaben bezüglich der Verbüchsen Pläne und den Gohler'schen Berechnungen der russischen Heeresstärke zu theil werden. — Nach einer in der Bibliothek des Reichstags vorhandenen Statistik über die französische Aushebung vom Jahre 1861 habe sich herausgestellt, daß von 12 000 Mann ca. 4000 „noch vor der Einlieferung als untauglich wieder entlassen“ werden mußten. Auch die schweizerischen Aushebungsziffern gingen über die deutschen nicht hinaus. — Nach amtlichen Angaben haben sich in Deutschland bei einer Steigerung der Aushebung auch die Ziffern der Untauglichkeit gesteigert. Verfassungsmäßig sei die Einstellung mindertauglicher, die nach dem Militärgesetz von 1874 in die Ersatzreserve gehören, in die Linie gar nicht zulässig. — Im Gegensatz zu Caprivi habe General von Verdvi 1880 im Reichstage erklärt: Frankreich allein gegenüber sei Deutschland stark genug, ehrenvoll zu siegen, heute werde von der Militärverwaltung das Gegentheil behauptet. Solchen merkwürdigen Darstellungen gegenüber sei es doch wohl am Platze, zu „nörgeln“. Unter den 125 127 Mann, die in Frankreich 1891 ausgehoben wurden, befanden sich fast 44 000, die zur nur einjährigen Ausbildung bestimmt waren. Aus den ganzen Faktoren, aus denen sich die Feldarmeen berechnen, gehe hervor, daß auf französischer Seite absolut keine Ueberlegenheit vorhanden sei. Deutschland zählt 1076 Feldbataillone; nach einer Berechnung der „Militärpolitischen Blätter“, die zur Förderung der gegenwärtigen Vorlage gegründet wurden, hat Frankreich 70 Bataillone weniger. Dabei hat Frankreich jetzt schon alle Mühe, seine Reservebataillone vollständig zu machen; man habe dort im letzten Jahre Leute aus den Jahrgängen 1878/79 eingestellt, Leute, die bei uns schon zum 2. Aufgebot der Landwehr und zum Landsturm gehören. Die Zahl der Friedensbataillone habe sich in Frankreich seit 13 Jahren um 54 vermindert. Die deutsche Friedenspräsenzstärke der Infanterie sei um über 7000 Mann stärker als die französische, die 10 000 Einjährigen in Deutschland noch nicht eingerechnet, die französische Gesamt-Friedensarmee sei seit 1874 um 66 000, die deutsche um 85 000 Mann gestiegen. Damit fallen alle die offiziellen Machenschaften, die Bewohner unserer Westgrenze in Schrecken zu jagen, in ihr Nichts zusammen. Während Feldmarschall v. Moltke in seiner mehrerwähnten Denkschrift erklärt, die deutsche Vertheidigungslinie am Rhein sei eine solche, wie die Welt keine zweite aufzuweisen habe, erklärt jetzt die „Köln. Zig.“, eine Vertheidigung der Rheinlinie „sei nur sehr selten gelungen“. Mit heissem Spott weist der Redner den Stumm'schen Vorschlag zurück, die zweijährige Dienstzeit nur auf die Dauer dieser Vorlage „geschlich“ festzusetzen. Längere Kritik über er auch an den Bennisfenschen Vorschlägen, die rechnerisch gar nicht möglich seien. — Das von freisinniger Seite vorgeschlagene System würde den Vorzug haben, daß es nicht mehr kostete, als was den Brennern von der „Liedesgabe“ genommen werden könnte, also keine weiteren Steuervorlagen nöthig seien. Die Volkstimmung habe Herr v. Stumm ganz falsch geschildert. Das Volk will absolut nichts von der Reibelastung wissen trotz der

systematisch Bearbeitungen durch die offiziöse Presse, wie sie nicht einmal unter Bismarck betrieben wurde.

Der Reichskanzler giebt zu, daß er die offiziöse Presse benutzt. Er habe bei seinem Amtsantritt nicht die Absicht gehabt, dies zu thun, es bleibe ihm aber nichts Anderes übrig, „um an die Wahlkreise heranzukommen“, von deren Stimmung die Abgeordneten ihre Haltung abhängig machen. Ueber die ihm bezüglich der schweizerischen Heereskosten zuteil gewordenen Verrechnungen sucht er sich mit einigen recht schwachen Redewendungen hinwegzuhelfen. Auch die übrigen Zurückweisungen verfuhr er sich nur sehr unvollkommen. Er stellt den Richterschen Ziffern eben seinerseits wieder Ziffern entgegen, deren Richtigkeit aber niemand aufs Täuschliche kontrollieren kann, von denen er aber behauptet, sie seien „das einzig Reelle“.

Buhl (nlt.) wendet sich sehr pathetisch gegen die Lieber'sche Messerung vom „Bayerisch sterben“ und erklärt „als Bayer“, daß seine Freunde und Gefinnungsgenossen und wohl das gesamte Volk in Süddeutschland „unerschütterlich an Kaiser und Reich festhalten“, was ihm auch von dem verehrten Herrn Grafen von Preysing (Zentrum) versichert worden sei. Einen ziemlich breiten Raum seiner Ausführungen widmet er den in der Pfalz stattgehabten Versammlungen, der Nationalliberalen in Neustadt und der Fortschrittlich-Vollparthei in Kaiserslautern. Letztere sei ohne Bedeutung. Seine Landleute seien durch die Erklärungen des Kanzlers, daß ein Kampf am Rhein eventuell in der Defensive geführt werden müßte, wodurch sein (des Redners) Heimathsländchen zum Kriegsschauplatz werden würde, allerdings beunruhigt, und wären bereit, alles zu opfern, um ein solches Schicksal von sich abzuwenden. Die Zifferangaben Richters wisse er infolge langjähriger Zusammenarbeitens mit demselben wohl zu schätzen, allein er sehe keinen Grund, warum der Reichskanzler, mit dessen innerer Politik er zwar nicht einverstanden, der aber doch ein ganz ausgezeichneter Militär sei, hier unrichtige Zahlen angeben solle. — Die Freisinnigen hätten auch noch keinen Aufschluß über ihre Stellung zur Maximal- und zur Durchschnitts-Friedenspräsenzfrage gegeben. Er wendet sich gegen die von den Freisinnigen vorgeschlagene Beibehaltung von 17—18 000 Ersatzrekruten, da dieselben qualitativ viel weniger werth seien, als die in zweijährigen Dienste ausgebildeten Soldaten. Die Beschaffung der Bedungsmittel mache ihm große Bedenken, denn die von der Regierung vorgeschlagene Steuererhöhung, von denen namentlich eine noch sehr großen Widerstande begegne, würden lange nicht ausreichen, die Militärvorlage in all ihren Konsequenzen durchzuführen. Er rüht zu einem „allseitig akzeptablen“ Kompromiß „ungefähr“ auf der Grundlage der Bismarck'schen Vorschläge. Ein solcher Kompromiß würde der „legitimste Friedensstifter“ sein, ein Entgegenkommen der Regierung, um welches er dringend bittet, würde derselben nicht als Schwäche ausgelegt werden.

General v. Gopler sucht einige Bemerkungen Richters über das Verfahren beim Ersatzgeschäft zu berichtigen und zitiert eine frühere Rede Richters gegenüber dessen gegenwärtiger Haltung. Major Wag verliest in längerer Rede, daß die von der Militärverwaltung angegebenen Ziffern der Heeresstärke in Preussens und Frankreichs richtig seien und giebt verschiedene Ziffernübersichten sowie Aufschluß über Nachersatz.

Um 11 Uhr 25 Min. tritt nach diversen nicht weniger als persönlichen sogenannten „persönlichen Bemerkungen“ Vertagung ein. Die Generaldiskussion ist auch heute noch nicht beendigt!

Nächste Sitzung Sonnabend, den 28. d. Mts., Vorm. 10 Uhr.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 26. Januar, Nachmittags 5 Uhr.

Die Wahl des Rechtsanwalts Kirchner in Breslau zum Bürgermeister ist bekümmert worden, desgleichen die Wahl der neu-gewählten Stadträte Böhm, Mielenz, Magban und Jabel. Die Einführung wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

In dem Ausschuss zur Vorberatung des Antrages Borgmann und Genossen, betr. die Herbeiführung von Einrichtungen zur Unterbringung der Arbeiter auf den Arbeitsplätzen während der Arbeitspausen ist auch Stadtv. Wernau gewählt worden.

Es erfolgen zunächst die Wahlen je eines Mitgliedes 1. in die gemischte Deputation für die Erwerbung der zur Herstellung der Wasserleitung Müggelsee—Berlin erforderlichen Grundstücke, 2. in die gemischte Deputation für die Erwerbung von Grundstücken auf der Südseite des Mühlendamms, 3. in die gemischte Deputation für die Verbreiterung der Gertraudensstraße, 4. in die Normalratsdeputation.

Gewählt werden die Stadtv. Wienstrud, Reib, Frenzel und Strud. Bei der ersten Wahl erhält Jabel von 91 Stimmen 26, bei der zweiten Herzfeldt von 93 Stimmen 33, bei der dritten Herzfeldt von 93 Stimmen 17.

Zur vorläufigen Unterbringung der drei unteren Klassen der am 1. April 1893 zu eröffnenden 6. höheren Mädchenschule im Stadttheile Moabit hatte der Magistrat die Mithung von Räumen im Hause Spenerstraße 4 vorgeschlagen.

Der niedergesetzte Ausschuss hat eine Inspektion an Ort und Stelle vorgenommen. Es handelt sich um fünf übereinander gelegene Räume von je ca. 60 Quadratmeter; sie empfangen ihr Licht theils frei vom Hofe her, theils wesentlich abgeschwächt durch den etwas vorgebauten Seitenflügel. Der zu ebener Erde gelegene Raum wird dadurch derart verfinstert, daß er zu Lehrzwecken total unbrauchbar ist. Die vorhandenen Bedürfnisanstalten, über deren Lage und Beschaffenheit in erster Lesung gleichfalls Klage geführt worden war, sind vom Ausschuss als ausreichend angesehen worden.

Der Ausschuss empfiehlt durch seinen Referenten, Stadtv. Vogtherr, folgende Beschlusfassung:

Der Mithung der Räume von dem Kaufmann Waldenburg für den Preis von 5250 M. unter der Bedingung zuzustimmen, daß der zu ebener Erde gelegene Raum zu Unterrichtszwecken gar nicht benutzt wird, daß weiter die Räume im ersten und zweiten Stockwerk je mit höchstens 40 Plätzen belegt werden, während die Benutzung der obersten beiden Räume je nach Maßgabe der vorhandenen Plätze freisteht.

Stadtschulrath Fürstenaubittet, den Partererraum wenigstens zum Turnunterricht freizugeben.

Referent Vogtherr erklärt, daß er den Ausschuss von diesem nachträglichen Wunsche des Stadt-Schulraths verständigt habe, der Ausschuss auch nichts dagegen einzuwenden habe.

Die Vorlage wird mit entsprechender Wendung angenommen.

Den Antrag des Magistrats, für das Gewerbegericht Bureauausfalltüten im Hause Königstraße 1—6 zum jährlichen Miethspreise von 12700 M. zu mieten, hat der niedergesetzte Ausschuss abgelehnt. Er findet den Miethspreis zu theuer und die Anlage der Räume sowohl hinsichtlich der Heizung als der Beleuchtung nicht geeignet. Ein Theil des Ausschusses hat die Annahme einer Offerte empfohlen, welche von dem Besitzer des Bier'schen Grundstücks, Straßenerstraße 3—5, gemacht worden ist. Hier werden 6440 M. an Miete gefordert, während die Benutzung der Warmwasserheizung gegen 5 pCt. des Miethspreises angeboten wird, desgleichen elektrische Beleuchtung gegen 4 Pf. pro Lampe und Stunde. Vor allem aber sei Raum für eventuelle Erweiterungen der Bureau vorhanden.

Stadtv. Schönflies wünscht, die Versammlung möge den Magistrat auffordern, speziell auf Grund des Bier'schen Angebots eine neue Vorlage zu machen.

Stadtv. Ramskau redet der planmäßigen, im großen Maße erfolgenden Beschaffung von Bureauräumen für die städtische Verwaltung das Wort, um eine noch größere Zersplitterung der Bureau's zu vermeiden. Gegen die Räume im Hause Königstraße 1—6 mache man den störenden Straßenlärm und die großen Schaufenster geltend. Ersterer müßte dann aber doch im Rathhause und auf dem Mühlendamme noch störender bemerkbar werden, und die Schaufenster könnten ja zum Theil zugemauert werden. Uebrigens läme, wie verlaute, das Haus nächstens zum Verkauf und werde möglicherweise von der Stadt gekauft.

Stadtv. Wohlgemuth: Wenn wirklich erwogen wird, ob die Stadt das Haus kaufen soll, so ist es doch ein sehr eigenthümliches Verfahren, eine hohe Miete zu bewilligen und dann unsere eigene hohe Miete kapitalisiert als Kaufpreis zu zahlen. Das Gewerbegericht steht so selbständig da, daß es durchaus nicht, wie Herr Ramskau zu glauben scheint, mit der Gewerbe-Deputation in demselben Gebäude untergebracht sein muß.

Stadtv. Lörmer erklärt ebenfalls die Räume in der Königstraße für durchaus unbrauchbar; die dort schon untergebrachten Beamten könnten es entweder vor Hitze oder vor Zug nicht aushalten. Der Magistratskommissar habe im Ausschuss ebenfalls der Bier'schen Votalität durchaus den Vorzug gegeben. (Hört, hört!)

Nachdem noch Stadtv. Friederici für den Ausschussantrag und Stadtv. Wagner für den Antrag Schönflies gesprochen, tritt Stadtv. Ramskau den Anschlagung entgegen, als ob durch die Mithung von Räumen in einem vielleicht später zu kaufenden Hause das Kaufobjekt vertheuert werde. (Zurufe: Wir wollen aber das Haus gar nicht kaufen!)

Der Antrag Schönflies wird darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Der Magistrat macht Mittheilung von den auf den städtischen Gasanstalten und am Rohrsystem in der Stadt für 1893 beabsichtigten Erweiterungs- und Erneuerungsbauten und ersucht um die Zustimmung der Versammlung zum sofortigen Beginn der Herstellung und Bauarbeiten, soweit es zur rechtzeitigen Vollendung der Apparate und Rohrleitungen notwendig ist. Die Beschlusfassung über die definitive Kostensumme bleibt vorbehalten.

Die Vorlage gelangt ohne Debatte zur Annahme.

Die Stadtv. Ramskau und Gen. haben folgenden Antrag gestellt:

Die Versammlung ersucht den Magistrat um eine recht baldige Auskunft über den Stand der Arbeiten im Viktoriapark, insbesondere, wann die Betriebseröffnung der Wasserleitung zu erwarten ist, und ob der Magistrat dem Beschlusse der Versammlung vom 9. Juni 1892, die Abstandnahme von einer Fahrbrücke über den Wassergraben betreffend, beigetreten ist.

Der Antrag wird nach kurzer Begründung durch den Antragsteller Stadtv. Ramskau einstimmig genehmigt.

Auf die Anfrage der Stadtv. Esmann und Gen. vom 22. November 1892, wie weit die Arbeiten der am 1. November 1888 eingeleiteten gemischten Deputation zur Verabreichung über Abänderungen der Berliner Bau-Ordnung vom 15. Januar 1887 gediehen sind, theilt der Magistrat mit, daß die betreffenden Verhandlungen abgebrochen sind. Dafür werden folgende Gründe geltend gemacht: 1. ist die staatliche Behörde mit Erörterungen über eine solche Abänderung beschäftigt, und das Ergebnis derselben muß auch zur Kenntniß des Magistrats kommen; 2. würde Stellung und Einfluß der Stadtverwaltung gegen den jetzigen Zustand erheblich verändert werden, wenn die in Aussicht genommene Uebersetzung auch der Hochbaupolizei an dieselbe erfolgt; 3. ist die bevorstehende Einverleibung der Vororte auf die Gestaltung der Bauordnung von wesentlichem Einfluß.

Stadtv. Esmann ist mit dieser Auskunft nicht zufrieden. Gerade der Umstand, daß die Staatsbehörde Abänderungen vorkommen, hätte dem Magistrat Veranlassung geben müssen, die in den betreffenden Kreisen verlaufenden Wünsche durch die Deputation vorprüfen zu lassen und der Staatsbehörde zugänglich zu machen. Nach den zahlreichen Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts über die Auslegung der Bau-Ordnung sei eine allgemeine Unsicherheit im Publikum und auch beim Polizeipräsidium hervorgerufen über die Frage, was nun eigentlich rechtens sei. Redner führt einen Fall an, in dem das Polizeipräsidium einem Hausbesitzer, dessen Haus von 40 Mietzern bewohnt werde, ausgegeben habe, ein Zwölftel des Hauses abzureißen, da sich herausgestellt habe, daß das Grundstück nicht zu drei Vierteln, sondern nur zu zwei Dritteln bebaut werden dürfe. Die Versammlung werde mit einem direkten Antrag befaßt werden, der den Magistrat auffordert, die Deputationsberatungen wieder aufzunehmen.

Stadtbaurath Blankestein hält unter Bezugnahme auf die Auskunft des Magistrats daran fest, daß der gegenwärtige Augenblick der ungünstigste zur Wiederaufnahme der Verhandlungen sei. Im Ministerium scheine man dieselbe Ansicht zu hegen.

Die Magistrats-Zuschrist wird zur Kenntniß genommen.

Die Vorlage betreffend den Anlauf des im Zuge der Betersburgerstraße belegenen Broth-Kauf'schen Grundstücks geht an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern.

Schluss 7 Uhr.

## Lokales.

Der Nachkomme eines „schlichten, sächsischen Kaufmanns“. Unter diesem Titel schreibt die „Vollz.-Zeitung“:

In der Reichstags-Sitzung vom 19. d. M. hatte der Abgeordnete Singer die Behauptung ausgesprochen, die Vornorm-Eltern des Abg. v. Frege, des bekannten sächsischen Agrariers, der sich neuerdings auch an der Judenhege betheiligte, verankerten ihren Wohlstand den polnischen Juden, die nach Leipzig zur Messe kamen. Herr v. Frege, der in jener Sitzung nicht anwesend war, hat seitdem mit Herrn Singer in Bemerkungen vor der Tagesordnung Ansichten über Anstand und Takt ausgetauscht, außerdem aber seiner Entrüstung über Singer's Bemerkung in einer Zuschrift an die „Kreuz-Zeitung“ Luft gemacht. Er giebt darin allerlei Mittheilungen über die Geschichte des Bankhauses Frege in Leipzig, dem er entstammt, zum Besten, kann aber leider die Behauptung Singer's nicht entkräften, ja, versucht es auch nicht einmal ernsthaft. An Thatsachen läßt sich eben nicht rütteln, und Thatsache ist es, daß das Bankhaus Frege mit den polnischen Juden von je her bis in die neueste Zeit einen außerordentlich lebhaften geschäftlichen Verkehr unterhalten hat, vielleicht auch heute noch unterhält. Viele Jahrzehnte hindurch hat das Bankhaus Frege die Geldgeschäfte der polnischen und sonstigen Juden, die zur Leipziger Messe kamen, fast ausschließlich befragt, und zwar, wie die durch Generationen sich hingehende Verbindung beweist, zur vollen Zufriedenheit seiner Kunden. Es hat dabei natürlich auch verdient, und zwar viel verdient, und wenn Herr Singer hat sagen wollen, daß es durch diese geschäftliche Verbindung den Grund zu seinem Wohlstand gelegt und diesen Wohlstand fort und fort vermehrt hat, so hat er nur die Wahrheit gesagt. Daß das Bankhaus Frege, wie der Abg. v. Frege in seiner Zuschrift anführt, mit Erfolg die Hallschmiederei des Berliner Juden Ephraim und dessen „Versuche, Sachsen zu schädigen“, bekämpft hat, thut nichts zur Sache. Wollung bemerkt, können bei diesem Kampfe nicht drei Generationen des Hauses Frege betheiliget gewesen sein, denn so lange hat die Ephraim'sche Herrlichkeit überhaupt nicht gedauert. Daß sich das Bankhaus Frege jeder Zeit eines ausgezeichneten Rufes erfreut hat, wird von Niemandem in Zweifel gezogen; allenthalben wird anerkannt, daß es sich stets der Pflege des eigentlichen, soliden Bankgeschäftes gewidmet und sich

immer von Gründungen und allen zweifelhaften Geschäften ferngehalten hat. Als in der Gründerperiode der siebziger Jahre ein Sproß des Hauses in Gemeinshaft mit einem jüdischen Sozialis ein eigenes Geschäft in Berlin errichtet hatte und modicum Geschäfte zu machen versuchte, mußte er sich bald überzeugen, daß der Verkehr mit den polnischen Juden, wenn sie auch nicht mehr bloß „in gewissen Straßen und Quartieren geduldet“ wurden, doch einen gesünderen Wohlstand verbürgte, als Spekulationen an der Berliner Börse.

In einer Beziehung ist leider das Haus Frege von den Grundfäden seiner Vorfahren abgewichen. Herr von Frege erzählt, daß Kaiser Joseph II. dem damaligen Chef des Hauses den Adel verliehen habe, sein Vorfahre habe aber von dieser „Gnade“ keinen Gebrauch gemacht, „da er stolz war, als schlichter sächsischer Kaufmann das vollste Vertrauen seines Landesherren und seiner Vaterstadt zu besitzen“. Als vor einigen Jahren das Bankhaus Frege ein Jubiläum feierte, wurde dem Chef, dem vor einem Jahre etwa verstorbenen Vater des Abgeordneten, abermals der Adel verliehen, und dieser besaß nicht mehr den Stolz, ein schlichter sächsischer Kaufmann zu bleiben, er nahm vielmehr den Adelsitel an und setzte damit auch den Sohn, den Abgeordneten, in den Stand, sich von Frege nennen zu können. Böse Zungen behaupteten damals, der Vater hätte wohl gern als „schlichter sächsischer Kaufmann“ und außerordentlicher Professor an der Leipziger Universität — er vereinigte durch eigenartige Verhältnisse beide Eigenschaften in sich — weitergelebt, der Sohn aber, der Reichs-Abgeordnete, hätte die „Rohbildung“ betrieben und den Vater zur Annahme des Adels zu bestimmen gesucht. Unterhützt wird diese Behauptung dadurch, daß der Abg. von Frege von seinem neugeborenen Adel sehr eingenommen ist — selbst Fraktionsgenossen vom Ur- und Schwertadel gestalten sich gelegentlich Bemerkungen darüber — und daß er es verstanden hat, sich noch eine Würde zu erwerben, die nach den unter seinen „Standesgenossen“ herrschenden Anschauungen einer Person, die nicht in wappengeschmückten Bindeln gelegen hat, nicht zukommt, ihm auch trotz aller Verdienste seines Hauses um sein engeres Vaterland Sachsen und die „purifizierende gemeinnützige Thätigkeit“ desselben vom Könige von Sachsen nicht verliehen worden ist. Herr v. Frege unterschreibt seinen Erguß in der „Kreuz-Zeitung“: „Kammerherr Dr. v. Frege, Mitglied des Reichstages“. In Sachsen darf Herr v. Frege sich so nicht nennen, da müßte er unterschreiben: „Fürstlich reussischer (ältere Linie) Kammerherr“. Der Fürst Reuß älterer Linie hat sich des Nachkommen des „schlichten sächsischen Kaufmanns“ erbarmt und ihm die Kammerherrnwürde verliehen, von der Herr v. Frege aber nur außerhalb Sachsens uneingeschränkter Gebrauch machen kann. In Sachsen selbst darf er sich nicht „Kammerherr“ schlechthin nennen, damit die königlich sächsischen Kammerherren nicht in den Verdacht gerathen, in ihrer Mitte einen Mann zu haben, der, nach einem erst gestern von derselben „Kreuz-Zeitung“, der Herr v. Frege seine Schmerzen anvertraut, gebräuchlichen sinnigen Ausspruch, nichts als ein „plutokratischer Emporkömmling“ ist.

Gegen die Namschbazine wendet sich die „Zeitschrift für Instrumentenbau“ in einem geharnischten Artikel, indem das Blatt in dem Ueberhandnehmen dieser Art Geschäfte, die den gesamten Handel an sich zu reißen drohen, eine große Gefährdung des ganzen Erwerbslebens erblickt. Das genannte Blatt beruft sich in dem betreffenden Artikel auf eine Anzahl arger Mißstände in der Musikinstrumenten-Branche. Recht charakteristisch ist folgendes u. A. gebrachte Beispiel:

„In dem bekannten Wertheim'schen Baarenhaus in Berlin lagen in den Schaufenstern der verschiedenen Verkaufshäuser zur Weihnachtszeit Mundharmonikas mit Blechmündungen und mit 10 Tönen aus, welche in jeder reellen Fabrik im Engrospreis 75 bis 80 Pfennige das Duzend kosten, während aber bei Herrn Wertheim dieser Handelsartikel in augensälligen Posten in den Schaufenstern aufgestellt war zum Preise von 5 Pfennig für das Stück. Für 5 Pf. aber diesen Artikel zu verkaufen, ist, wie jeder Fachmann unumwunden zugeben muß, ein Un Ding. Der Schreiber dieses (des Artikels in der Zeitschrift) war denn auch als Fachmann höchst trappirt, als er dieses Verkaufspreises ansichtig wurde. Er ging aber der Sache auf den Grund und fand alsbald, indem er sich ein solches billiges Instrument käuflich erwarb, daß hinter der augensällenden Billigkeit ein Mandorv steckte, das er hiermit an den Branger stellen will. Die Mundharmonikas waren allerdings mit 10 Löchern versehen, so daß sie den Anschein erwecken mußten, als haben sie zehn Stimmen, wie jedes reelle Fabrikat, in Wirklichkeit sind dieselben aber nur mit vier Stimmen versehen.“

Unter solchen Umständen hat man leicht Illuminiren!

Bei den kurz vor Weihnachten wegen aufreizender Reden in einer Versammlung arbeitsloser Arbeiter in Mainz verhafteten beiden Anarchisten wurden, wie wir seiner Zeit meldeten, Legitimationspapiere gefunden, welche auf den Namen eines hiesigen Anarchisten, des Klemperers Otto Geißler, lauteten. Dieser war aber mit keiner der beiden verhafteten Personen identisch, besaß sich vielmehr ununterbrochen in Berlin und konnte darüber, wie seine Papiere in den Besitz ihm völlig fremder Personen gekommen seien, keine Auskunft geben; er gab nur an, daß sie ihm entweder sein müßten und daß er bis dahin den Verlust nicht bemerkt habe. Auf Veranlassung des Mainzer Untersuchungsrichters sind dem Geißler nunmehr seine Papiere durch die hiesige Polizeibehörde ausgeliefert worden, nachdem der in Haft befindliche Inhaber der Papiere, in welchem man einen Buchhändler oder Verleger aus Fürth vermutet, angegeben hatte, daß ihm die Papiere von einem Bekannten, Namens Stevenson in London, gegeben seien, damit er mit denselben über die Grenze nach Rotterdam reisen könne. Gegen die beiden in Mainz in Haft gehaltenen Anarchisten schwebt Untersuchung wegen Aufreizung und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

In gänzlich verkommenem Zustande wiedergefunden wurde der 18jährige Sohn des in Rixdorf wohnenden Handelsmannes K., welcher vor etwa sechs Monaten verschwunden war. Am vorigen Montag wurde in Jossen ein junger nur nothdürftig bekleideter Mensch festgenommen, der gänzlich geistesgeheert war und in welchem schließlich der verschundene K. erkannt wurde. Der Unglückliche wurde einer Irrenanstalt überwiesen.

In Gegenwart seiner Gattin erschah sich gestern Abend um 8 Uhr der Kaufmann Otto Lange in seiner Kalwinstraße 5 belegenen Wohnung. Lange, der seit einiger Zeit an einer Nervenkrankheit litt, hütete das Bett. Ohne sächliche Veranlassung, und ohne daß die Ehefrau es hindern konnte, wußte er sich in den Besitz eines geladenen Revolvers zu setzen und brachte sich damit einen Schuß in die rechte Schläfe bei.

Ein auffälliger Vergiftungsversuch ist an der Familie eines hiesigen Fabrikanten S. gemacht worden. Mit der Paketfabri-Post trafen bei S. am 17. d. M. zwei Pakete, eines Zuder, das andere Kaffee enthaltend ein; Frau S. glaubte, eine Freundin habe ihr als Austausch von Gefälligkeiten die Waare übersandt und nahm zuerst den Zuder in Gebrauch. Bei dem Genuß der betreffenden Speisen stellten sich aber wiederholte Uebelkeiten ein, man schickte die Geschenke zu einem Apotheker und die Untersuchung ergab, daß dem Zuder und Kaffee — Arsenik beigemischt war. Ein Verdacht gegen eine bestimmte Person liegt nicht vor.

Ein Versuch, gestohlene Sachen zu verkaufen, hat zur Verhaftung mehrerer Personen geführt, die sich schwerer Straftathen schuldig gemacht haben. Unter den Verhafteten befindet sich der alte Fuchthäuser Kaulbarich, der in der Nacht vom 21. zum 22. dieses Monats einen Einbruch in der Werkstatt eines Goldarbeiters in der Invalidenstrasse verübte und Goldwaaren im

Werthe von 1000 Mark gekohlen hat. Infolge desselben Ermittlungsverfahrens ist auch der Arbeiter Sieberstein festgenommen worden, der in derselben Nacht in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße mit dem Schlosser S., der sich in angeheitertem Zustand auf dem Weg nach seiner in der Gartenstraße belegenden Wohnung befand, Bekanntschaft anknüpfte, ihn unter der Vorpiegelung, in demselben Hause zu wohnen, begleitete und ihn schließlich auf dem Hof des betreffenden Grundstücks niederschlug und ausplünderte.

Der Gerichtsdiener Adler, dessen Verhaftung vor einigen Tagen gemeldet wurde, ist durch das Ergebnis einer Hausdurchsuchung, die in seiner in der Lehrterstraße belegenen Wohnung vorgenommen wurde, schwer belästigt worden. Wie verlautet, sind daselbst in einem Ofen verpackt Kopien amtlicher Schriftstücke vorgefunden worden. Außerdem aber wird Adler bezichtigt, den Angehörigen jener Untersuchungsgefängnisse, die er dem Richter des Amtsgerichts I in seiner Eigenschaft als Gerichtsdiener vorzuführen hatte, eigenmächtig Zusammenkünfte mit den Gefangenen vermittelt zu haben.

Herr Gustav Heise, Kellner, Lothringersstraße 40, ersucht uns, bekannt zu geben, daß er mit dem vorgefundenen zu einem Jahre Gefängnis verurtheilten Kellner gleichen Namens nicht identisch ist.

**Polizeibericht.** Am 25. d. M. Vormittags fiel im Hause Thurnstr. 54 ein Kutscher mit einem etwa zwei Zentner schweren Sack Mehl von der Kellertreppe und erlitt schwere innere Verletzungen. — Vor dem Hause Leipzigerplatz 18/19 stürzte ein Schuttdach scheinend unter der Last des darauf liegenden Schnees zusammen und traf einen Maurer, so daß er am Fuße bedeutend verletzt wurde. — Abends erschoss sich ein Kaufmann in seiner Wohnung, in der Colonnadenstraße, mittels Revolvers. — Im Laufe des Tages und in der darauffolgenden Nacht fanden fünf Brände statt.

## Theater.

**Wallner-Theater.** Vorgefunden fand eine Gastvorstellung des Vesting-Theaters im Wallner-Theater statt. Es wurde zum ersten Male gegeben „Paragraphe 330“ Schwank in 3 Akten von A. Milland und G. de Najas.

Herr Vancressou liegt in Scheidung, hegt aber trotzdem noch eine Art „heimlicher“ Liebe zu seiner dreiviertel abgechiedenen Gattin Anais, was ihn jedoch nicht abhält, in dem alt-assyrischen Saale des Museums sich mit der Frau eines befreundeten Rechtsanwalts ein vertrauliches Stelldichein zu geben. In demselben Saale und fast zu derselben Zeit tauschte auch Frau Anais die ersten Zärtlichkeiten einer aufkeimenden Neigung mit einem jungen Diplomaten aus. Doch das Verhängnis nahte in Gestalt des Museumbieners, der hinter einem Schenkbilde verborgen Zeuge dieser Handlungen war, und schleppte die Delinquenten vor den Untersuchungsrichter. Durch Verwechselungen bei den Protokollaufnahmen, nachdem sich die Gattin des Rechtsanwalts der Affäre durch die Flucht entzogen hat, kommt das unerhörte Untersuchungsergebnis zu stande, daß ein Ehemann sich mit seiner Ehefrau ein Stelldichein giebt. Mit dieser niedlichen Wendung schließt der erste Akt. Zum Verständnis des Titels der Posse muß noch bemerkt werden, daß der Paragraph 330 des Strafgesetzbuches diejenige unter strenger Strafe stellt, welche sich an öffentlichen Orte einer Verletzung der Sittlichkeit schuldig macht; durch eine besondere Verfügung war noch auf die strenge Durchführung dieses Paragraphen hingewiesen. Im zweiten Akt finden wir die ganze Gesellschaft zur Ausführung eines notariellen Geschäftes in der Wohnung des Vancressou versammelt. Die Delinquenten erhalten Vorladungen wegen Uebertretung des § 330, und es kommt infolge dessen zu recht erregten Auseinandersetzungen. Der dritte Akt spielt im Vorzimmer des Gerichtssaales, wohin die junge Frau geführt wurde, da sie sich durch eine Ohnmacht der Verhandlung entzogen hatte. Sie steht vor der schrecklichen Alter-

native, entweder sich, den geliebten Diplomaten und ihre Freundin in einen Standalprozess zu verwickeln oder den Irrthum des Gerichtshofes ruhig geschehen zu lassen; im letzteren Falle wurde aber die fast zu Ende gediehene Scheidungsklage hinfällig. Im letzten Augenblick faßt sie einen Entschluß, weniger wohl um ihre etwas zweifelhaft freunden oder den im Laufe der Zeit immer lauer werdenden Liebhaber zu retten, als weil das vitterliche Benehmen ihres Gatten den glimmenden Funken der Liebe wieder zu heller Flamme angefaßt hatte. Sie zahlt 10 Frank's Ordnungsgeld und wirft sich besiegt in die Arme des wiedergewonnenen Gatten.

In einigen Stellen streifte die Posse ziemlich hart das Zweideutige, wie es ja bei dem wunschnächtigen Inhalte — Pariser Eheleben — nicht anders sein kann, sonst zeigte sich eine nicht unbedeutende Kunst im Aufbau komischer Situationen. Die Herren Schönsfeld und Waldow, sowie Fräulein Wagen leisteten sehr Befriedigendes, was auch durch den Beifall des Publikums anerkannt wurde. Der hierauf in Scene gehende Finalter von Moser und Nisch „Der sechste Sinn“ fand fast noch reicheren Beifall, was aber weniger auf den Inhalt des Stückes als auf das außerordentlich fesselnde Spiel des Fräulein Groß zurückzuführen ist. Auch Herr Schönsfeld leistete recht Gute's.

## Versammlungen.

In einer Bezirksversammlung, welche der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter am 23. d. M. für den Norden abhielt, referierte Dr. J. Baruch über Metallvergiftungen. Sodann wurde zum Vertreter der Feilenhauer Kollege Kuhl in den Vorstand gewählt. Ferner wählte die Versammlung in die Fachkommission den Kollegen Rudnik.

Im Fachverein der Stuckateure sprach Genosse Wach am 17. d. M. über Prostitution. Sodann wurde berichtet, daß der Gefangenenrat in verschiedenen Raten 147 M. erhalten hat; die Ausgaben des Gefangenenrats betragen 149,54 M. Die nächste Versammlung findet am 7. Februar statt.

**Hiebender Klub „Vormärts“** tagt bei Maximilian, Jägerstraße 2, Freitag 8 Uhr.

**Lehrer-Verein „Orion“.** Freitag, den 27. Januar, Abends 8 Uhr, Schützenstr. 29 Sitzung.  
**Arbeiter-Bildungsverein.** Freitag, Abends von 8—10 Uhr: Süd-Schule, Bogelbergstr. 43; Unterricht in doppelte Buchführung und oberes; Rechnen. Süd-Schule, Reichensbergerstr. 129; Unterricht in Buchführung und mathematische Geographie. Süd-Schule, Markstraße Nr. 11; Unterricht in Geschichte (neu), Nord-Schule, Müllerstraße Nr. 179a; Unterricht in Ethnologie, Rechnen. In allen Unterrichtsstunden, mit Ausnahme Buchführung und Buchführung, können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

## Vermischtes.

**Cholera.** Halle a. S., 26. Januar. Heute Vormittag ist eine Neuerkrankung an Cholera in Trotha und auf dem Nagel'schen Gute bei dem Nachbarort Mord vorgekommen.

Dem Kaiserlichen Gesundheitsamt vom 25. bis 26. Januar Mittags gemeldete Cholerafälle: Regierungsbezirk Merseburg: In Nietleben am 24. d. M. 13 Erkrankungen, 1 Todesfall, in Trotha (Saalkreis) 5 Erkrankungen, darunter 3 bisher nur als verdächtig bezeichnet, 1 Todesfall.

Regierungsbezirk Schleswig. In einem Ort des Kreises Pinneberg 1 Erkrankung.

Im Polizeigefängnis zu Hanau verhaftet, wie die Frankfurter „Volkstimme“ berichtet, gegenwärtig eine Frau 6 Tage Haft wegen Schulverhinderung ihrer Kinder, da sie die Geldstrafe nicht bezahlen konnte. Die Frau hat einen Säugling, der während dieser sechs Tage auf Kosten der Stadt bei einer Frau in Pflege gegeben ist und der Mutter täglich dreimal zum Stillen ins Gefängnis gebracht wird. Die hierdurch der Stadt entstehenden Kosten sind größer als die Summe, welche die Frau als Strafe

hätte bezahlen sollen. — Herrliche Gesellschaftsordnung, die dem Säugling von der Mutter reißt, weil sie — arm ist!

## Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herald.)

**Spremberg,** 26. Januar. In der Pappfabrik von Gustav Nischke fand heute eine Explosion des Trockenzylinders statt, durch welche die Fabrik zum Theil zerstört wurde. Drei Arbeiter trugen schwere Verletzungen davon.

**Bremen,** 26. Januar. Die Eisbrecher haben das Eis auf der Weser bis zum Freihafen aufgeschoben und zum Abtreiben gebracht. Die Schifffahrt bis Bremen Stadt ist wieder möglich.

**Gothenburg,** 26. Januar. Wie aus Warberg gemeldet wird, sind dort 6 Mann von der Besatzung des deutschen Dampfers „Meta“, der auf der Reise von Marstrand nach Kiel in Kattegat eingefroren war, in völlig erschöpftem Zustande angekommen; ein Mann mußte auf dem Eise zurückgelassen werden und wurde später todt aufgefunden. Der Dampfer ist von dem Eise gedrückt und gesunken.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

**Paris,** 26. Januar. Panama-Prozess. Der Verteidiger Barbou hat heute sein Plaidoyer zu Ende geführt. Er wandte sich dabei mit ähnder Kritik gegen die Erpressungen und Bestechungen, welche gegenwärtig an der Tagesordnung seien, und drückte sein Erstaunen darüber aus, daß ein ehemaliger Minister, der zugegeben habe, die Vertheilung der Subsidien für die Panama-Gesellschaft an die Presse geleitet zu haben, nicht auf die Anklagebank gebracht worden sei (Ploquet). Schließlich erinnerte Barbou daran, daß Ferdinand von Lesseps auch im Auslande als der Vertreter des französischen Genies gegolten habe.

## Briefkasten der Redaktion.

**A. B. G.** Sie haben Anspruch auf Zahlung.

**Dreves, Wasserthor.** Ja, er kann wegen der Kosten mit Aussicht auf Erfolg verklagt werden.

**C. E. N. 10.** Dem Gehilfen steht das Recht, auf Ertheilung des von ihm begehrten Zeugnisses zu klagen, zu.

**S. L.** Die Steuern sind zu fordern.

**G. N.** Darin, daß Männer aufstehen, weil ein Polizeibeamter sich an ihren Tisch setzt, liegt keine Verleumdung. Jedoch ist Ihre Frage, ob darin eine Verleumdung gefunden werden kann, zu bejahen, weil eben alles auf diesem Gebiete möglich ist.

**Höchst a. M., Mrs.** Ein Reichsgerichts-Urtheil liegt nicht vor, das Kammergerichts-Urtheil betrifft nur preussische Verhältnisse. Geben Sie hervor, daß die gezahlten Beiträge als Entgelt für das durch die Versammlung Gebotene zu erachten sind und daß sich die Sammlung auf den geschlossenen Kreis der Versammelten beschränkte.

## Briefkasten der Expedition.

Wir ersuchen den Kassierer des Verbandes der Döcker um gefl. Angabe seiner Adresse.

Für die Bergarbeiter gingen ferner ein: Gefangenenrat vom Formez Stauphor 3,10. Gefangenenrat „Ritt“, Friedemann 10,—. Unter Buchdrucker-Gehilfen in Sera gef. durch 2. 19,25. Arbeiterverein für Nummelsburg und Umgegend 50,—. Von Gräberberger Genossen durch 2. 8,20. Geburtsstag im Druckerfabrik Schw. u. Ost. 3,—. Gefangenenrat „Schilhorn“ 15,—. Rauchklub „Lassalle“ 10,—. Stahlklub „Treff“ 10,—. Gefangenenrat „Gerechtigkeit Besten“ 20,—. Vereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher Deutschlands 200,—. Gefangenenrat „Gleichheit“ 20,—. Deutsche Sozialisten in der Schweiz durch E. B. in Zürich 200,—. Summa 668,55. Bereits antwort 6758,40; in Summa 7326,95.

## Achtung! Schlesier! Achtung!

### Gr. öffentliche Versammlung aller in Berlin lebenden Schlesier

Sonntag, den 29. Januar, Vorm. 10 Uhr, in Brochnow's Salon, Sebastianstrasse No. 39.  
Tages-Ordnung:  
1. Zweck und Ziel des Vereins. 2. Diskussion. 3. Statutenberathung und Vorstandswahl. 4. Verschiedenes.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
10576 Der Einberufer: S. Schigolsky.

**Kaufmann's Variété**  
Am Stadtbahnhof Alex. Andersplatz.  
der equibrist. Kamin-seger. Produktion auf d. freistehenden Theater.  
**The Maatwoods,** Rephisto-Akt.  
**3 Schwest. Borotti,** preisgef. Kunst-Mad-faherinnen  
**Rappo-Jessy,** Jongleur und Equilibrist.  
**Mlle. Bellona,** vorzügl. Instru-mentalistin.  
**Barnum** mit seinen wunderbar breitt. Niesen-Doggen.  
**The Lees,** unbewachte Momente zweier Negersklaven.  
**Theod. Bierrath,** als Original-Pannemann.  
**Lily Mellini,** Soubrette.  
Anfang Wochentags 8 Uhr.  
Entree 50 Pf.

**Etablissement Buggenhagen.**  
Morph. Platz.  
Täglich: Instrumental-Konzert.  
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auskauf von Jakenhofer Lagerbier, hell und dunkel.  
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.  
Entree Wochen. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.  
Säle für Versammlungen, Kommerie, Festlichkeiten etc.

**Sophastoff-Reste**  
in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquette's spottbillig!  
Proben franks! 3557L  
Berlin S., Oranienstr. 158.

**Fertige Betten,** großer Stand, Oberbett, Unterbett, 2 Koyflissen, mit gereinigten neuen Federn, 12 Mk. Fertige Julets, Bettwäsche, Matrosen, alle Arten Stepp-, Schlaf- u. Bettdecken, Polsterbestellen empfiehlt billigst das als streng reell bekannte, 1870 begründete Spezial-Geschäft von S. Pollack, Oranienstr. 61, am Moritzplatz.

**Destillation u. Restauration** mit Vereins-, pass. f. Parteigenossen, sol. Inventarpr. zu verkaufen. In erf. Alt-Moabit 87. 10526  
**50 kleine Wohnungen** zu verm., billiger und besser wie in Berlin, bei Arthur Ziomer, Charlottenburg, Goethestr. 67a, 10 Minuten vom Zoologischen Garten-Bahnhof. Auch drei Wohnungen Guroystr. 25. 3568L

**Verein der Militär-Schneider.**  
General-Versammlung  
Sonntag, Abends 8 1/2 Uhr,  
Kommandantenstr. 20 (Armin-Gallen).  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Kassiers und des Rentanten. 2. Bericht des Vorstandes über das verfloßene Jahr. 3. Wahl des gesamten Vorstandes. 4. Verschiedenes und Fragelasten.  
287/11  
**Der Vorstand.**  
Die Kollegen werden ersucht bei der wichtigen Tagesordnung recht zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimirt. Kollegen, die dem Verein beitreten wollen, haben zu dieser Versammlung Zutritt.  
Die Mitglieder werden ersucht, die Billets vom Stiftungsfest recht bald zu begleichen.

**Verband der Sattler u. Tapezieren.**  
Versammlung  
Sonntag, den 28. Januar, Ab. 9 Uhr, bei W i e n e d e r, Alte Jakobstr. 83.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Joh. Sasse über: „Die heilige Inquisition und ihre Thätigkeit.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen. 264/9

**Rechtsbureau** des Königl. Amtsrichters a. D. Alte Jakobstr. 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unmittelbar unentgeltlich. Auch Sonntags. 34952

**Meyer's** Perikon, Brodhans u. Bücher jeder Art kaufte Hannemann, Kochstr. 56.

**Arbeitsmarkt.**  
Tüchtige Weberschneider suchen Moritz Gottschalk Söhne Kurtr. 13. 10556  
Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expedition entgegen. 9636

**Verlag des „Vorwärts“**  
Berliner Volksblatt  
Berlin SW, Beuthstrasse 2.

Angehts der neuesten Handhabung der geschlichen Bestimmungen für Vereine und Versammlungen seitens der behördlichen Organe empfehlen wir jedem Arbeiter die in unserem Verlage erscheinende Ausgabe über:

## Das Vereins- u. Versammlungsrecht in Deutschland

in ausführlichen Erläuterungen zum Preussischen Vereinsgesetz vom 11. März 1850 und einer Uebersicht des Vereins- und Versammlungsrechts nach den reichsgesetzlichen und landesrechtlichen Vorschriften.

Mit einem Anhang, enthaltend: eine Zusammenstellung des Textes der in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Bestimmungen über Vereins- und Versammlungsrecht und alphabetischen Sachregister. VIII u. 210 Seiten, 8°. Preis elegant geheftet 2,50 M., in braunen Lederband gebunden 3 M.  
Unentgeltlich für die Vorstände der politischen Vereine und Gewerkschaften in allen deutschen Bundesstaaten.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.  
Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsbedeure nehmen Bestellungen entgegen.  
Bei Aufträgen von außerhalb wolle man den Betrag (Porto extra) beifügen.

**Alte Stiefel** gr. Ausw., Reparatur u. West. reell u. billig. Runge, Launigstr. 2. 10675  
**Kanarienvoller** 5 M., Weibchen 1,50 M., Hechbauer 2,50 M. 86052  
**Schnelle,** Stalhoferstr. 132.  
J. Kaufm. f. f. rdl. möbl. Zimm., möglicht m. Mittagstisch. Nähe Yorkstraße. Abv. u. Preis zu richten an L. Lohse, Wendenstr. 2, H. part.  
Ausgeklammertes und abgeschliffenes S a r kaufte Bartels, Fruchtstr. 79, I.